

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Rücktritt des Kabinetts Wirth?

Berlin, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Es unterliegt kaum noch einem Zweifel, daß das Kabinett Wirth nun doch unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Genfer Entscheidung über Oberschlesien und ohne das Zusammentreten des Reichstages abzurufen, seine Demission geben wird. Diesen Beschluß hat besonders das Verhalten der Demokraten herbeigeführt. Bei ihnen gewinnen diejenigen die Oberhand, die erklären, daß die Partei von Anfang an ihr Verbleiben im Kabinett von der günstigen Lösung der oberschlesischen Frage abhängig gemacht habe. Da auch das Zentrum seine Haltung zu ändern scheint, sei für die Regierung Wirth keine Basis mehr vorhanden. Man nimmt nun an, daß der Reichspräsident Herr Wirth aufs neue mit der Kabinettsbildung betraut wird. Ob aber Wirth tatsächlich an der Spitze der neuen Regierung bleiben kann, ist mehr als fraglich, da die Deutsche Volkspartei, auf deren Mitwirkung die bürgerlichen Parteien nicht verzichten zu können glauben, schwerlich für Wirth eintreten wird.

Bürgerliche Mehrheit im Berliner Stadtparlament?

Berlin, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis der Groß-Berliner Stadtwahl hat es den Anschein, als ob die Bürgerlichen eine Mehrheit von etwa 35000 Stimmen erreicht haben, so daß die künftige Stadtverordnetenversammlung etwa 115 bürgerliche und 110 sozialistische Mitglieder zählen würde. Sicher stehen die Resultate für die innere Stadt fest, in der es wieder eine sozialistische Mehrheit gibt. Auch dort haben die Sozialisten einen Rückschlag erlitten. Immerhin haben gegenüber der Vortagswahl vom Februar, der letzten Wahl also, die Kattgunden hatte, die Unabhängigen ihre Stimmen um 1800 gesteigert, während die Rechtssozialisten von 221 000 auf 184 000 und die Kommunisten von 112 250 auf 95 641 zurückgegangen sind. Um bemerkenswerteren ist das starke Anwachsen der deutschnationalen Stimmen in allen Bezirken.

Berlin, 17. Oktober. Nach den bisherigen nichtamtlichen Zählungen waren bis 1 Uhr nachts in den Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlen in sämtlichen 20 Bezirken ungefähr abgegeben worden: 815 000 sozialistische Stimmen und 835 000 bürgerliche Stimmen. Es ist also eine kleine bürgerliche Mehrheit zu verzeichnen. Die Wahlbeteiligung dürfte etwa 70 Prozent betragen.

Stegerwald und die Monarchisten.

Berlin, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Auf dem deutschen Handlungsgehilfenstag in Essen hielt der Ministerpräsident Stegerwald in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Rede, in der er u. a. über die innerpolitische Lage sagte: „Wir brauchen eine Koalitionsregierung von der Mehrheitsozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei, da sonst das Ultimatum nicht erfüllt werden kann. Bis auf weiteres werde die Einführung der Monarchie ganz unmöglich, aber deshalb brauche man den Anhängern des monarchistischen Gedankens nicht jeden Tag mit dem Dreiflügel an den Kopf zu schlagen. Es sei notwendig, alle Bürger des Landes, also auch die außerhalb der Koalition stehenden, als gleichberechtigt zu behandeln. Wenn die deutsche Mark eines Tages wieder stabilisiert würde, dann bekämen wir dafür eine große Arbeitslosigkeit.“ Stegerwald sprach dann auch über gewerkschaftliche Fragen. Zu Oberschlesien meinte er, in der ganzen Welt gäbe es keinen Staatsmann mehr, der glaube, daß der Friedensvertrag von Versailles auch nur zehn Jahre bestehen kann.

Vom auswärtigen Amt.

Berlin, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der Meldung, daß Freiherr v. Malchahn, der bisher das russische Referat im Auswärtigen Amt hatte, als Gesandter in Athen festsitzend werden soll, erklärt die Welt am Montag, daß Herr v. Malchahn das Verbleiben in seiner bisherigen Tätigkeit wieder angeboten worden sei. Es scheint also der Verlust des Ministerialdirektors Behrend, der in der polnischen Frage eine so unglückliche Hand gehabt habe, auf Ausdehnung seines Machtbereichs neugierig zu sein.

Der „neue Kurs“ in Bayern.

München, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der ehemalige Münchner Polizeipräsident Bochner ist als Rat im Obersten Landgericht (im höchsten Gericht Bayerns) wieder in den Justizdienst zurückgetreten, obwohl das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren immer noch schwebt.

Rechtssozialisten Arm in Arm mit den nationalistischen Bayern.

München, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, die bürgerlichen Parteien und die SPD. hatten gestern eine gemeinsame Protestkundgebung gegen die Genfer Beschlüsse. Die rechtssozialistische Münchner Post hatte in großen Letzern zu der Versammlung eingeladen. Dr. Kitzner aus Kattowitz hielt eine nationalstische

Rede und Kacherde allerhöchster Art, wobei die schärfsten Angriffe gegen die Reichsregierung fielen, insbesondere gegen Rathenau, der als Landesverräter bezeichnet wurde. Die Teilung Oberschlesiens sei ein Mord am deutschen Volk, es müsse jetzt Schluß gemacht werden mit der Politik der Erfüllung. Bis zu dem Augenblick, wo das uns zugefügte Unrecht ausgelöscht werde, sei das unser Amt und unsere Tugend Sache. (1) Tosen der Beifall unterbrach immer wieder die Rede. Als der Vorsitzende nach dem Referat bekannt gab, daß auch verschiedene Landtagsabgeordnete anwesend seien und unter den anwesenden Abgeordneten den Namen des Rechtssozialisten Auer bekanntgab, dessen Partei die Versammlung mit einberufen hatte, wurden stürmische Proteste laut, es fielen Zurufe: Raus, Lump, Schuft, spuckt den Verräter an. Nur schwer gelang es dem Vorsitzenden, die Ruhe wieder herzustellen. Eine Entschließung, die sich mit der Rede des Referenten deckte, wurde von der Versammlung angenommen. Die Münchner Filiale des WZV. verschweigt schamhaft die schlimmsten Stellen der Rede und die fleißigsten Angriffe gegen den Rechtssozialisten Auer, der doch wegen der ostjüdischen Beteiligung seiner Partei an dieser nationalstischen Kundgebung eine bessere Behandlung verdient hätte.

Die Reparations- und Finanzprobleme.

Die Verhandlungen über die deutschen Zahlungen.

Berlin, 16. Oktober. Während seines Aufenthalts in Berlin hat das Garantienkomitee gemeinsam mit den deutschen Vertretern die Lage eingehend geprüft und ist wegen der nächsten nach dem Zahlungsoptim vom 5. Mai fälligen Zahlungen mit diesen zu einer Ueber einstimmung gelangt. Das Garantienkomitee hat bei den Beratungen auf die Lage des Wechselskurses der Mark Rücksicht genommen und nicht übersehen, welches Interesse daran besteht, einen Anreiz zu einer Spekulation auf ein weiteres Fallen des Markkurses zu vermeiden. Im übrigen ist in der letzten Veröffentlichung über die Tätigkeit des Garantienkomitees schon mitgeteilt, daß die am 15. November fällige Rate gebahlt ist. Die Erörterungen zwischen dem Garantienkomitee und der deutschen Regierung über die Regelung der Fragen, die wegen der späteren Zahlungstermine noch offen sind, werden fortgesetzt.

Das Wiesbadener Abkommen vor der Reparationskommission.

Paris, 17. Oktober. (U.) Am heutigen Montag tritt der Reparationsauschuß zusammen, um zu dem Wiesbadener Abkommen eingehend Stellung zu nehmen. An der Sitzung wird ein Vertreter Deutschlands teilnehmen.

Kennes über die Möglichkeit der Wiedergutmachung.

Laut Manchester Guardian erklärte auf der in London tagenden Konferenz für wirtschaftlichen Wiederaufbau und Weltfrieden Kennes in einer Rede über die Reparationsfrage, während der Friedenskonferenz hätten die Menschen den Kopf verloren und in Zahlen von astronomischer Größe über Summen gesprochen, die Deutschland zahlen müsse für den Schaden, den es angerichtet habe. Die Menschen seien jetzt ruhiger und in der Lage, diese Fragen vernünftig zu besprechen. Man sei jetzt in der Lage, genauer zu beurteilen, was es kosten würde, um den von Deutschland in Nordfrankreich angerichteten Schaden wiederzugutmachen. Es bestehe nicht der geringste Grund anzunehmen, daß Deutschland nicht vollkommen in der Lage sei, den gesamten Schaden wiederzugutmachen. Man wisse jetzt, daß in Nordfrankreich etwa 300 000 Häuser zerstört und weitere 300 000 Häuser beschädigt worden seien. Angenommen, jedes der 300 000 Häuser koste tausend Pfund, so würde dies weniger betragen als die Zinsen, die Deutschland jetzt in einem Jahr bezahlen müsse. Frankreich habe durch den Mangel an Kohlen ungeheuer gelitten. Der Verlust sei jedoch nicht so groß, wie die Leute gemeinhin annähmen. Die Erzeugung der französischen Kohlenbergwerke betrug den 20. Teil der Kohlenherzeugung Großbritanniens. Auch hier liege die Summe im Bereich der deutschen Zahlungsfähigkeit. Das gleiche gelte von der Wiederherstellung der verwüsteten Felder. Wenn man den gesamten Schaden zusammenrechne, so bestehe kein Grund, weshalb Deutschland ihn nicht innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit wiederzugutmachen könne. Die Rechnung der Alliierten für angerichtete Verwüstungen betrage jedoch nur ein Drittel der gesamten Reparationsforderungen. Die anderen zwei Drittel enthielten Pensionszahlungen. Diese Forderung stehe im Widerspruch zu dem, wozu sich die Alliierten beim Abschluß des Waffenstillstands verpflichtet hatten.

Der französische Delegierte Genosse Longuet erklärte, die französische öffentliche Meinung komme trotz der Verzögerung durch die französische Presse rasch zur Vernunft. Der Gedanke, daß man Berge Goldes von Deutschland erhalten werde, sei in Frankreich vorbei. Jedermann wisse jetzt, daß die Erhaltung von diesen Bergen Goldes eine Lüge war. Longuet stimmte den Ausführungen Kennes über die Pensionsforderungen der Alliierten zu.

Amerika und seine Schuldner.

Paris, 15. Oktober. New York Herald erzählt aus Washington, daß Harding dem Plane des Kongresses, eine Kommission zur Einleitung von Verhandlungen mit den Alliierten zu bilden, zustimmen bereit sei. Die Kommission solle sich von folgenden Regeln leiten lassen: 1. dürfe sie Sicherheiten einer Regierung nicht für die Schulden einer anderen in Zahlung nehmen, 2. dürfe sie keine Anleihen oder Zinsen erlassen, 3. der niedrigste Zinssatz solle durch den Festsetzungswurf über die Rückzahlung der ausländischen Schulden festgelegt werden. — Die Punkte 2 und 3 seien von dem Präsidenten noch nicht angenommen, doch werde keiner von beiden für die Annahme des Entwurfs ein unüberwindliches Hindernis bilden.

Die politische Lage in Griechenland.

Von unserem Athener Korrespondenten.

A. P. In der breiteren politischen Öffentlichkeit Europas ist man nur ungenügend über die politischen Verhältnisse und Geschehnisse in Griechenland informiert. Selbst die sozialistische Presse ist gezwungen, die aus griechisch-nationalistischen Quellen stammenden Nachrichten, oder die anderer bürgerlicher Nachrichtenbureaus wiederzugeben. Deshalb soll im Nachstehenden eine Darstellung der politischen Situation vom sozialistischen Gesichtspunkt aus gegeben werden:

Griechenland führt unglücklicherweise noch immer Krieg gegen die Türken und wird voraussichtlich diesen Krieg noch lange fortsetzen. Obwohl es zu den sogenannten „Siegerstaaten“ gehört, bahnt sich keinerlei Besserung in den wirtschaftlichen Verhältnissen an. Schuld daran ist auch, daß der westliche Imperialismus als Schutzherr Griechenlands seit dem Tage der Novemberwahlen 1920, die die Rückkehr des König Konstantins brachten, aufgehört, Griechenland Vorstöße und Anleihen zu geben. Das einzige Mittel, zu dem alle griechischen Regierungen bisher Zuflucht suchten, um die Lage des griechischen Volkes zu erleichtern, wobei sie ihm natürlich ungeheure Zinslasten aufbürdeten, die finanzielle Hilfe der großen Verbündeten, blieb aus. Die reaktionäre Regierung sah sich deshalb gezwungen, um die Kriegskosten zu decken, kürzlich die Zölle um 10 Prozent zu erhöhen, auf welche Weise sie eine ungeheure Preissteigerung einer Reihe von wichtigen und unentbehrlichen Lebensmitteln und Waren hervorrief.

So kommt der arme Teufel in Griechenland, der Lohnempfänger und der kleine Eigentümer darauf — Griechenland ist ein kleinbürgerliches Land — sich zu fragen, warum man eigentlich soviel wahnsinnige Wut und Kraft aufwendet, um das venizelistische Regime zu stürzen, das man als ein System des „Krieges bis zum Weißbluten“ bezeichnet hatte, wenn nicht, um endlich einmal Frieden zu haben und einigermaßen anständig leben zu können. Jetzt ist es endlich so weit, daß das griechische Volk einseht, daß es getäuscht worden ist. Als ein Volk, dessen politische Bildung nicht sehr hoch ist, wußte es nicht, daß es, als es sich mit Konstantin und der reaktionären Bourgeoisie einließ, die Kriegspolitik erst recht unterstützte. Heute beginnt in Griechenland die Erkenntnis wach zu werden, welche falsches Spiel die Konstantinisten getrieben haben, und diese Erfahrung hat zur Folge, daß das griechische Volk jetzt anfängt, sich Rechenschaft über die gesellschaftliche Tatsache zu geben, daß es in der Natur der Dynastien und ihres militärischen Anhangs liegt, ihre Existenz durch blutige Kriege zu verlängern.

Leider war die soziale Bewegung in Griechenland niemals so umfassend und tiefgehend, um den Friedenswillen des griechischen Volkes auszunutzen zu lassen in die Erkenntnis der Wahrheiten des Sozialismus. Die sozialistische Bewegung befindet sich in Griechenland in ihrer Kindheitsperiode. Man muß sich Deutschland zur Zeit Marx' in Erinnerung rufen und seine Kämpfe, um die ersten Anfänge der Arbeiterorganisationen zu schaffen, die Auseinandersetzungen im Jahre 1847 gegen Wilhelm Weitling und die anderen „Maulhelden der revolutionären Nichtigkeit“, um eine Vorstellung davon zu haben, welchen Gang die sozialistische Agitation in einem so jungen Lande, wie dem heutigen Griechenland, nimmt. Bei den vorhandenen Arbeiterparteien, die Sozialistische Partei Griechenlands — gegründet 1911 — und die Kommunistische Arbeiterpartei — gegründet 1919 — kann man von eigentlichen Organisationen nicht sprechen, ja kaum von Anfängen einer Partei.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der Zahl von 80 341 arbeiten mit den bürgerlichen Gruppen zusammen, und noch nicht 10 Prozent von ihnen sind für die sozialistischen Anschauungen gewonnen. Aber das allertraurigste ist, daß die Einigkeit der griechischen Arbeiterklasse, die im Jahre 1918 in der Form eines selbständigen Gewerkschaftsbundes geschaffen worden war, durch die unfruchtliche Spaltung der Kommunisten, anfängt, in die Brüche zu gehen. Man stelle sich vor, daß diese mit bolschewistischen Dogmen vollgestopften Vhratendrescher gar keinen Unterschied zwischen der Demokratie und der Bourgeoismonarchie machen, daß sie stolz darauf sind, zum Zusammenbruch der liberalen Regierung (des Venizelos) mit beigetragen zu haben, wodurch sie nur an der Herbeiführung der monarchistischen Reaktion mithalfen. Jetzt, gehebt und verfolgt, sind die griechischen Arbeiter gezwungen, sich abzuwenden zu verhalten in der Befürchtung, ihre früher errungenen Positionen zu verlieren. Außerdem hat das konstantinische Regime den größten Teil der kommunistischen Agitatoren — seine Verbündeten von gestern — verhaften und einsperren lassen. (Man wird bei der Schilderung der Haltung der griechischen Kommunisten unwillkürlich erinnert an die nationalstische Einstellung der Münchner Kommunisten, die im Januar und Februar dieses Jahres mit den Nationalisten im Protest gegen die Pariser Beschlüsse durch die und dünn gingen und ihnen sogar ein Waffenbündnis anboten. Die Nationalisten bedienten sich dieser bequemen Hilfe und als sie nicht mehr brauchten, wurde ihnen jede Beschäftigungstätigkeit und ihre Presse verboten, ihre Agitatoren

aber verhaftet und eingesperrt. D. Red.) So gibt es in Griechenland gegenwärtig eigentlich überhaupt keine Arbeiterbewegung von größerer Bedeutung, die so stark wäre, daß sich darauf eine sozialistische Bewegung stützen könnte, um wirksam der griechischen Reaktion, dem Chauvinismus und dem Militarismus Opposition zu machen.

Auf diese Weise geht der Krieg gegen Kemal Pascha weiter, ohne daß man voraussehen kann, wann er zu Ende sein wird, einmal aus politischen Gründen, weil Griechenland sich politisch vollkommen in den Händen seiner „großen“ Verbündeten befindet und dann aus militärischen Gründen, weil Griechenland bisher keine entscheidenden Siege erringen konnte. Durch die Fortsetzung des Krieges glauben aber die gegenwärtig in Griechenland herrschenden das Ansehen König Konstantins wieder heben und die nationale Einheit durch die Befreiung der von den Türken vor 5 Jahrhunderten eroberten griechischen Länder wieder zusammenzimmern zu können. In diesem zweiten Punkt herrscht zwischen den beiden bürgerlichen Gruppen, die sich abwechselnd in die Macht teilen — die Venizelisten und die Konstantinisten — jetzt vollkommene Einigkeit.

Ohne uns gegen eine nationale Politik im guten Sinne zu wenden, haben wir Sozialisten uns mit aller Schärfe gegen diese sinn- und endlosen Kriege gewandt, welche das Land durch ungeheure Papiergeldmengen in tiefste Armut stürzen. Wir hoffen aber, daß es uns gelingt, das griechische Volk, das geistig regsam ist und von demokratischer Tradition erfüllt ist, aufzurütteln und den marxistischen Wahrheiten näher zu bringen.

In der Praxis müßte kurz skizziert die Aufgabe der Sozialisten in der gegenwärtigen Situation in Griechenland folgende sein:

1. Wiederherstellung der Einigkeit der griechischen Arbeiterklasse.
2. Gemeinsamer Kampf mit den Antifaschisten: Elementen der liberalen Partei — ähnlich wie der Kampf der deutschen Arbeiter gegen die Reaktion — gegen die Befestigung des monarchistischen Regimes in Griechenland.
3. Eintreten für eine Politik der Beruhigung des Balkans und für die Schaffung einer Balkanöderation, um so die Oberherrschaft der Weltmächte zu vermeiden.

Auf dieser Basis hat sich die sozialistische Partei Griechenlands ein Programm der unmittelbaren praktischen Notwendigkeiten gegeben, ohne sich in Widerspruch zu setzen mit den Wiener Beschlüssen der Internationalen Arbeiterschaft sozialistischer Parteien. So glauben wir auch den beiden großen sozialistischen Wahrheiten treu geblieben zu sein, die durch die bolschewistischen Erfahrungen bestätigt worden sind, „daß die wirkliche Frucht der Arbeiterkämpfe in der weiter sich ausbreitenden Vereinigung der Arbeiter liegt“ und daß eine soziale Umgestaltung nicht durchgeführt werden kann, wenn sich die ökonomischen Voraussetzungen für die Umgestaltung nicht entwickelt haben.

Die Regiekünste von Görlitz.

Die Geister, die sie riefen, sie werden sie nimmer los. Die Opposition in der rechtssozialistischen Partei gegen den Beschluß von Görlitz steigert sich von Tag zu Tag und die Haltung der Deutschen Volkspartei seit Görlitz war auch wirklich nicht dazu angetan, den Massen der Arbeiter ihre Bündnisfähigkeit zu dokumentieren. Der Wahlkampf in Berlin bezeugt von neuem, daß die Stinnespartei gar nicht daran denkt, ihre monarchistischen Grundzüge aufzugeben. Ihre ganzen Versicherungen, die Erklärungen von der Anerkennung der Republik, waren nichts anderes als Diprierungen, die man angewandt hatte, um die Bündnisfähigkeit ideell zu beweisen. Im übrigen bleibt die Volkspartei, was sie war, der monarchistische Bundesbruder der Deutschnationalen. Nicht ohne Interesse ist die Tatsache, daß sich ausgesprochen die Heilmann-Korrespondenz die Verbreitung derartiger Ergüsse der Deutschen Volkspartei angelegen sein läßt. Sie übermittelt den Text eines volksparteilichen Flugblattes zu den Berliner Stadtverordnetenwahlen, in dem es u. a. heißt:

Über unsere Partei bleibt die alte, sie opfert nichts von ihren Grundgedanken. Sie bleibt ihren alten ruhmvollen Ueberlieferungen unzerbrochen treu. Sie bleibt treu der schwarz-weiß-rotten Fahne. Wenn wir in die Regierung gehen, so tun wir das mit ungebrochenem Mut, so tun wir das, um eine Stabilisierung und Entwicklung im Reiche zu verhindern, deren Kosten das werktätige Bürgertum namentlich auch in der Steuererhebung zu bezahlen haben würde.

Die Tatsache, daß es der Deutschen Volkspartei mit ihren Versicherungen, die sie unter dem Eindruck des Erzbergermordes abgab, nicht ernst war, hat allgemach selbst in den Köpfen der Regisseure von Görlitz Eingang gefunden und sie waren ernstlich bemüht, die Folgen des Beschlusses nach Möglichkeit zu beseitigen. Der Brief der rechtssozialistischen Partei an unsere Reichstagsfraktion bedeutete nichts anderes als den Versuch, die Schuld von Görlitz auf unsere Partei abzuschieben zu wollen. Dies ist ihnen gründlich daneben gelungen. Angesichts der Beantwortung durch unsere Partei ist die Opposition in ihren eigenen Kreisen eher größer als kleiner geworden.

In einer Parteiverammlung seines Bezirks wandte sich nach Nr. 240 der Chemnitzer Volksstimme der sächsische Wirtschaftsminister Felsch mit außerordentlich scharfen Worten dagegen, daß die Partei mit fliegenden Fahnen in das Lager Stinnes übergehen wolle. Er sagte:

Als er die Nachricht vom Parteitag in Görlitz empfangen habe, habe er sich gefragt: Wohin soll denn diese Regiepolitik des Parteivorstandes führen? Sei das noch dieselbe Partei, die die Führung nach dem Erzbergermord übernehmen konnte und wollte? Müßte es nicht scheinen, als ob die Partei mit fliegenden Fahnen zur Stinnespartei fliehen wolle? Diese vom Parteivorstand beliebte Taktik sei nicht anders auszudeuten, als beachtliche man, regieren zu wollen um jeden Preis. Das Werturteil, das der Parteitag in der Stinnes-Presse ausgesprochen habe, sei bezeichnend genug. Entweder müsse man die Kraft haben zur Regierungsübernahme, oder wir müßten zur schärfsten Opposition übergehen. Hätte der Parteivorstand die letzten zwei Jahre so gehandelt, so stünde es heute besser um unsere Partei. Görlitz empfehle eine Politik der Unruhe. Die Koalition mit der Volkspartei würde zum Verhängnis für das Proletariat. Die Deutsche Volkspartei habe ein großes Interesse daran, daß ein Reiz zwischen Reichspartei und Unabhängigen getrieben werde. Wir hingegen müssen eine geschlossene Front des gesamten Proletariats errichten.

Von ganz besonderem Interesse ist der Stimmungswandel, der plötzlich in der Heilmann-Korrespondenz eingetreten ist. Heilmann, der einzige Kriegspolitiker, Heilmann, der phrasenreiche Apostel der Koalitionspolitik, hat plötzlich ein ganz gehöriges Haar in dieser Suppe gefunden. Er äußert sich mit aller Schärfe gegen den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung. Sie bringe dem Kabinett weder eine „moralische, noch

eine materielle Stärkung“. „Die Volkspartei in der Regierung werden sich höchstens für das nationalsozialistische Schlagwort der Zerstückelung des Reiches begeltern.“ Am Schluß des Aufsatzes schreubert er seine Journalistenblitze gegen die Stinnes-Richtung seiner Partei, die freilich kleiner werdend, immer noch den Gedanken einer Koalition mit der Volkspartei nicht aufgeben will.

Mit gesammelter Kraft — heißt es — Das soll die Parole sein. Kraft sammelt aber die Regierung nicht dadurch, daß sie in die Breite, sondern in die Tiefe geht. Gideon schlug die Philister gerade deshalb, weil er die unsicheren Kantonisten nach Hause schickte. Wirth wird die deutsche Philisterrei schlagen nicht dadurch, daß er die unsicheren Kantonisten herbeiholt. Wenn doch endlich einmal das fide Geschwätz von der „breiten Koalition“ verstumme! Wir haben in Deutschland schon genug breite und schmale Koalitionen gehabt. Aber an Mut und Unerklichkeit hat es vielfach gefehlt. Da liegt der Hund begraben. Gebuld in der Außenpolitik, Couzage in der Innenpolitik, das sind die beiden einzigen Helfer, die für Dr. Wirth in Frage kommen.

Angesichts dieser immer stärker werdenden Opposition, die selbst in einflussreichen Kreisen der SPD. mehr Eingang zu finden scheint und die durch die oberflächliche Frage eine neue Klärung finden muß, ist es schier unverständlich, daß die Delegierten von Görlitz diesem Ueberbrumpfungsversuch von Seiten der Wels, Krüger und Müller so bedenkenlos zum Opfer gefallen sind. Entweder ist das geistige Leben in den führenden Kreisen der Partei, aus denen die Delegierten im wesentlichen zusammengestellt waren, vollständig verrotten, oder aber die Regie war so „bläulich“, daß sich die 200 Delegierten ohne weiteres blüperen ließen. Das letztere scheint die richtigere Annahme zu sein. Von nicht geringem Interesse ist es daher, zu erfahren, wie die Regisseure die Delegierten für den so plötzlich bevorstehenden Stimmungswandel zu gewinnen versuchten. Ueber diese Beeinflussungskünste gibt uns ein Wissender, der Delegierte Heinrich Straßel, in einem Aufsatz: Ein Parteitag der Ueberbrumpfungen, in Nr. 28 der Glocke Ausschluß, der eigentlich alles befragt. Er berichtet:

Und daß der Parteitag, trotzdem er 48 Stunden später genau so klar die Absichten der Koalitionsresolution durchschauen mußte und durchschaute, die Rechtschwenkung mit klingendem Spiel mitmachte, war für Kenner des Parteilappars wohl eine schmerzliche, aber keineswegs eine neue Erfahrung. Denn inzwischen hatten ja die Informationen und Instruktionen der Parteileitung ihre Schuldigkeit getan. Man hatte den Landmannschaften in den üblichen Vorbereitungen mit wichtiger Miene und feierlichem Ernst allerhand geheime Weisheit zugerannt: daß es in der Deutschen Volkspartei merkwürdige Kräfte und daß es ein Verbrechen an der schwer bedrohten Republik sei, die vorkühlerische Rechte durch schroffe Unerklichkeit künstlich zusammenzuschweißen, statt durch kluges Entgegenkommen gegen die entwicklungsfähigeren Elemente der Volkspartei die Reaktion zu zerbrechen und zu desorganisieren. Voraussetzung sei natürlich das volksparteiliche Bekenntnis zu Republik, Demokratie usw. und die Besetzung wichtiger Ministerien durch Sozialdemokraten. Diese Koalition mit Stresemann und Stinnes sei ein so kluger Akt der proletarischen Notwehr, ein so selbstverständliches Gebot der Verteidigung der Republik, daß selbst führende Unabhängige erklärt hätten, daß sie volles Verständnis für die neue Situation hätten und darum auch einer nach rechts erweiterten Koalitionsregierung keine Hindernisse bereiten würden.

Demzufolge haben die Wels und Müller nichts unversucht gelassen, um die Rechtschwenkung der Delegierten entsprechend vorzubereiten. Daß sie dabei allerlei zweifelshafte Manöver inszenierten, ist ihnen nicht unbekannt. Sache der Delegierten wäre es gewesen, diese Bluffpolitik entsprechend zu durchschauen und Gegenmaßnahmen dagegen zu finden. Daß man aber mit dem Argument arbeitete, selbst führende Genossen unserer Partei hätten erklärt, daß sie volles Verständnis für die neue Situation hätten und darum auch einer nach rechts erweiterten Koalitionsregierung keine Hindernisse bereiten würden“, zeigt die geradezu bedenkenlose Gerissenheit, das parteipolitische Schiebertum in der SPD., gegen das sich die Arbeiter mit aller Energie zu wehren haben werden. Der Parteivorstand, sowie die Reichstagsfraktion unserer Partei sind diesem sinnlosen Gerücht feinerzeit mit aller Energie entgegengetreten und keine SPD.-Stimme hat sich gefunden, die die Richtigkeit dieser Darstellung zu bezweifeln waarte. Wenn man aber mit derartigen Argumenten arbeitete und eine so kritische Masse der Delegierten vorand, dann ist es freilich nicht zu verwundern gewesen, daß ein so plötzlicher Stimmungsumschwung bei den Delegierten eintreten konnte. Die Arbeiter aber werden den rechtssozialistischen Schiebern zu beweisen haben, daß proletarische Politik ihre Er schöpfung nicht findet in geschickten Regisseurkünsten, sondern daß sie getragen sein muß durch den Einblick in die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsbedingungen der Gesellschaft und des Proletariats im besonderen.

Regierungs„verbreiterung“.

Die Treiberellen, um die Regierung Wirth zu stürzen, gehen munter weiter. Die jämmerlichste Rolle spielen dabei die Rechtssozialisten. Sie glauben zu schweben und sind doch nur die Geschehenen. Sogar von den abgetakelten alten wilhelminischen Diplomaten lassen sie sich benutzen, wie sehr bekannt wird.

Die Zusammenhänge werden klar, wenn man das Teufelswecheln mit der englischen Diplomatie in die Beurteilung der Sachlage einbezieht. Wie man weiß, hat der ehemalige Legationsrat in London von Eckardstein vor einiger Zeit Zusammenkünfte von Rechtssozialisten und Vertretern der Deutschen Volkspartei angebahnt, und er hat sich dabei auf die Zustimmung der englischen Regierung berufen. Auf Veranlassung des britischen Botschafters, mit dem er von Görlitz in offiziellem Depeschenerkehr stand, hat Eckardstein wiederholt den Reichspräsidenten aufgesucht, und Ebert hat dann ja auch seinen ganzen Einfluß angewandt, um die große Koalition zustandezubringen.

Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Aktion des britischen Botschafters nicht aus eigener Initiative erfolgt ist, — sondern auf direktes Betreiben einiger Mitglieder des Kabinetts. Die Demokraten sehnen sich schon längst nach einem Zusammengehen mit den Stresemännern, und diese Einigkeit scheint ihnen ein nützliches Instrument gegen die notwendigen Steuererhöhungen. Was liegt näher, als das nationale Schlagwort zu benutzen, nun den Mann zu stürzen, der diese „antikapitalistischen Steuern“ vertritt? Die Bourgeoisie spricht von England, wenn sie die Steuern und die Monarchie meint, sie schreit Oberhiesien, wenn sie Wirth fällen wollen, „sie küssen englisch, wenn sie lügen“, wie es schon im Faust heißt.

Heute, Montag, sollen die Kuhhandeleuten, genannt interfraktionelle Besprechungen, weitergehen.

Das Berliner Mit- und Abendblatt weiß dazu zu melden, „daß Montagnachmittag eine interfraktionelle Sitzung stattfand, die die Frage einer breiteren Koalition und der Demission des Reichskabinetts löst. Die Gesamtdemission des Kabinetts werde für Dienstag erwartet. Es sei anzunehmen, daß diese Demission nicht einen formellen Charakter, sondern einen effektiven Charakter tragen werde. Bei den bürgerlichen Parteien, dem Zentrum und Demokraten, wird erklärt, daß aus außenpolitischen Gründen eine vollkommene Umgestaltung des Reichskabinetts notwendig sei. Es wird darauf hingewiesen (soll heißen: hingewirkt. Red. d. L. B.), daß Reichskanzler Dr. Wirth den ausländischen Regierungen seinen Rücktritt für den Fall angezeigt habe, daß die Entscheidung über Oberhiesien für Deutschland ungünstig ausfallen sollte. Der Rücktritt des Kabinetts Wirth würde einerseits, so führt das genannte Blatt weiter aus, eine Drohung gegenüber dem Ausland darstellen, andererseits aber auch die Außenpolitik Deutschlands insofern einer Aenderung unterliegen, als sie nicht mehr auf die unbedingte Erfüllung des Londoner Ultimatus eingestuft werden soll, sondern auf die bedingte Erfüllung infolge des Wegfalls des oberhiesischen Industriegebiets. Somit haben die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien sich dem Standpunkt der Deutschen Volkspartei angeschlossen. Die sozialdemokratische Partei steht demgegenüber noch immer auf dem Standpunkt, daß das Kabinett Wirth nicht zu demissionieren brauche, da es durch die Unterstreichung der Unabhängigen und der beiden bürgerlichen Koalitionsparteien mit genügender Mehrheit ein Vertrauensvotum erhalten würde. Das Zentrum und die Demokraten sind aber, wie das Berliner Blatt hört, nicht gewillt, das bisherige Kabinett mit Unterstützung der Unabhängigen weiterzuführen. Das neue Kabinett, dessen Chef wahrscheinlich wieder vom Zentrum gestellt werden wird, dürfte bereits aus der großen Koalition hervorgehen, deren Bildung schon Mitte nächster Woche erfolgen soll.“

Die Entscheidung über Oberhiesien.

Paris, 15. Oktober. (Havas.) Die Völkerbundskonferenz hat sich der vom Völkerbundsrat empfohlenen Lösung hinsichtlich der Grenzziehung in Oberschlesien und der wirtschaftlichen Vereinbarungen, die zwischen Deutschland und Polen getroffen werden sollen, angeschlossen. Sie wird in ihrer nächsten Sitzung, die auf Montag festgesetzt ist, die verschiedenen Einzelheiten zu ihrer Durchführung prüfen.

Nähere Einzelheiten.

London, 17. Oktober. (Havas.) (Berl. Montagspost.) Der Oberver veröffentlichte am Sonntag die grundlegenden Daten der oberhiesischen Entscheidung. Danach enthält die Entscheidung des Völkerbundes folgende Punkte: 1. Es wurde beschlossen, eine Grenze zu ziehen, die das Industriegebiet durchschneidet und die nach den Grundrissen gezogen wurde, daß eine Anzahl von Polen auf der deutschen Seite und eine Anzahl von Deutschen auf der polnischen Seite zurückbleiben soll. 2. Da der Charakter der Streitfragen wirtschaftlicher Art ist, wurde der Versuch gemacht, die Bedeutung der politischen Grenze dadurch herabzusetzen, daß gewisse wirtschaftliche Maßnahmen beschlossen wurden, und zwar wurde vorgeschlagen, bis zu einer Dauer von fünfzehn Jahren eine gemischte Kommission von Deutschen und Polen einzusetzen unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des Völkerbundes. Die Kommission soll gewisse Vollmachten haben, um die Maßnahmen für die praktische Durchführung des Völkerbundsbeschlusses auszuarbeiten. 3. Bezüglich der Eisenbahnen soll eine gemischte Kommission einen Plan ausarbeiten, um das ganze Eisenbahnnetz zu verteilen. 4. Es ist klar, daß eine politische Grenze auch sofort eine Zollgrenze wird. Um diesem Eindruck zu begegnen, schreibt der Völkerbund vor, daß zwei Uebergangsperioden eingerichtet werden: a) eine Periode von sechs Monaten, b) eine solche von 14½ Jahren, während deren die normale Durchführung der Zollgesetzgebung aufgehoben werden soll. 5. Während der Periode von sechs Monaten wird beiden Seiten volle Freiheit gelassen, ihre Geschäfte so zu organisieren, als ob die politische Grenze nicht bestände. 6. In der Periode der 14½ Jahre dürfen alle Rohstoffe, die entweder aus der deutschen oder der polnischen Zone stammen, oder dort verwendet werden sollen, die Grenze ohne Zollabgabe passieren und zurückpassieren. Güter, die für die abzuliefernde Fabrikation notwendig sind, sollen gleichfalls abgabefrei sein. 7. Die gemischte Kommission soll berechtigt sein, ein allgemeines Abkommen zwischen Deutschland und Polen auszuarbeiten für den ungehinderten Export solcher Rohstoffe, die von der Industrie auf der einen Seite gebraucht werden. Ein besonderer Paragraph soll eingefügt werden, durch den Deutschland verboten wird, Einfuhrzölle auf Güter für Polen zu legen. 8. Während der Periode von fünfzehn Jahren dürfen keine gewaltsamen Enteignungen von Privateigentum stattfinden. 9. Die Deutschen, die auf der polnischen Seite der Grenze wohnen, haben das Recht, während einer Zeitdauer von fünfzehn Jahren für die deutsche Staatsangehörigkeit zu optieren. 10. Die deutsche Mark ist als gesetzliches Zahlungsmittel in der polnischen Zone anzuerkennen. 11. Die deutschen Schutzgesetze bleiben solange in Kraft, bis die polnische Regierung gleichwertige Gesetze erläßt.

In einer Rede, die Balfour an die Pressevertreter gehalten hat, kommt er auf Einzelheiten der Abmachung zu sprechen, woraus das folgende mitgeteilt sei:

„In Deutschland herrsche besterger Unwille. Die Deutschen schienen zu denken, daß ihre Interessen in dieser Frage so äußerst vernachlässigt worden und ihre Rechte so offenkundig und unerträglich gelitten seien, daß sie vom Moralitätsstandpunkt und vom Gesichtspunkt nationaler Zweckmäßigkeit gesehen berechtigt sein würden, ihr Bestes zu tun, um den großen Plan zum Scheitern zu bringen. Er könne sich keine Politik denken, die selbstmörderischer wäre.“ Balfour wies darauf hin, daß der Völkerbundsrat vorgeschlagen habe, daß für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren die sorgfältigsten Vorkehrungen getroffen werden sollen, damit den deutschen Industrien nichts a. geht. Es sei eine Methode vorgesehn, durch die die Eisenbahn innerhalb des Gebiets und alle Bergwerke, Höfen und Fabriken unter ihren augenblicklichen Besitzern bleiben würden. Während dieses Zeitraums sei keinerlei zwangweise Enteignung gestattet. Die deutsche Regierung werde das gesetzliche Zahlungsmittel in dem polnischen Teile des Gebiets während desselben Zeitraumes von 15 Jahren bleiben. Es seien Vorkehrungen getroffen, damit die auf der einen Seite der Grenze erzeugten und auf der anderen Seite benötigten Rohstoffe ohne Schwierigkeiten und ohne Zölle herübergeschafft werden könnten. Alles sei getan worden, damit die Bewegungsmöglichkeit von einzelnen Personen, seien es Arbeiter oder Privatpersonen, möglichst ungehindert bleibe. Die Wasser-

versorgung, die eine der großen Schwierigkeiten in diesem Gebiete bildet, sei in angemessener Weise gesichert worden.

Um die Entscheidung zu sichern, werde folgendes Verfahren vorgeschlagen: Man benachrichtige Berlin und Warschau formell über die neue Grenzlinie. Nach Artikel 88 Absatz 6 seien die polnischen und die deutschen Behörden verpflichtet, im Laufe eines Monats nach Notifizierung die Verwaltung der zugehörigen Gebiete zu übernehmen. Sei das geschehen, dann nehme die Regierung der Interalliierten Oberkommission ein Ende. Es wäre dann wünschenswert, daß im Laufe dieses Monats Polen und Deutschland die vom Völkerbund anempfohlenen wirtschaftlichen Konventionen abschließen. Zu diesem Zweck teile man ihnen die Vorschläge des Völkerbundes mit und die Völkerbundskonferenz verpflichte die beiden Regierungen, sofort Bevollmächtigte zum Abschluß der für die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens notwendigen Abkommen zu ernennen. Warschau und Berlin sollten dann aufgefordert werden, auch ihre Delegierten für die gemeinsame Verwaltungskommission zu bestimmen und der Völkerbund seinerseits werde unverzüglich den Präsidenten neutraler Nationalität für diese Kommission ernennen. Mit einem Wort, man appelliere an die Weisheit der beiden Völker, damit sie nach gemeinsamem Uebereinkommen das Uebergangsregime, das die neue Lage verlange, festsetzen. Polen könnte sich dieser Verpflichtung nicht entziehen, da es nach Artikel 88 des Friedensvertrages die Verpflichtung übernommen habe, während der Dauer von 15 Jahren den Export von Rohenerzeugnissen der ihm übertragenen Gebiete nach Deutschland zu gestatten. Durch die Lage der Dinge aber habe Deutschland ein Interesse daran, so wie vorgeschlagen, zu verfahren.

Proteste gegen die Entscheidung.

Die Protestflut gegen die Vorschläge des Völkerbundes ist auf beiden Seiten, in Deutschland und in Polen, noch im Steigen; wobei auch das Ausland regen Anteil nimmt. In Deutschland suchen besonders jene Kreise sich der Protestbewegung zu bemächtigen und für ihre Parteizwecke dienlich zu machen, die schuld an den nun eintretenden Kriegsfolgen sind. Und die Rechtssozialisten, die seit 1914 keine eigene Politik mehr treiben, sondern im Reflex der bürgerlichen Parteien setzen, tuten mit in das Enttäuschungshorn der Deutschnationalen und der Volksparteier. Auch dann, wenn ihre Äußerungen von der Presse jener Parteien nationalpolitisch ausgenutzt werden, merken sie das Mißlingen ihrer Politik nicht. Es ist dies um so auffälliger, als ihr Führer Hermann Müller den Versailler Vertrag unterschrieben und sonach eigentlich wissen mußte, was darin steht. Ursprünglich wollten die Macher des Vertrages nicht einmal eine Abstimmung in Oberschlesien zugestehen, was sie im Verhandlungswege dann doch noch tun mußten. Hätten die Rechtssozialisten nur etwas politisch-sozialistischen Instinkt, so würden sie die Geschäfte Heisterichs und Herzigs nicht mit Besorgnis, sondern die proletarische Einheitsfront in Deutschland herstellen helfen, die die Voraussetzung einer starken internationalen Einheitsfront ist und durch die allein solche Fragen, wie die oberschlesische, zu lösen sind. Gerade die Völkerbundsentscheidungen zeigen, daß kapitalistische Vertreter solche Aufgaben nicht lösen können. Die einzigen zum Protest moralisch Berechtigten sind die Sozialisten, die nicht Mißkündige an der Fortsetzung des Krieges sind; darum haben ihre Proteste auch moralisches Gewicht. Als einen solchen Protest verzeichnen wir heute den folgenden:

London, 17. Oktober. (U.) (Berl. Morgenpost.) Eine englische Zeitung veröffentlicht ein von Edo, Jimmen Hobson, Kennworthy, Longuet, Sir George Paish und Lord Parmoor unterzeichnetes Schreiben, in dem diese, alles Mitglieder der internationalen Wirtschaftskonferenz, versichern, die vom Völkerbund angenommene Entscheidung der oberschlesischen Frage sei ein neuer Schlag, vielleicht der schwerste Schlag für die Wiederaufnahme friedlicher Arbeit und die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas. Die vorgeschlagene Grenzlinie spreche Polen die gesamte oberschlesische Zink-, Eisen- und Bleierzzeugung und etwa neun Zehntel der oberschlesischen Kohlenzeugung zu. Diese Entscheidung vernichte die Hoffnung auf Ruhe und Ordnung in Oberschlesien, auf eine demokratische Regierung in Deutschland, die Ergebnisse der Washingtoner Konferenz und einen durch die Aufnahme Deutschlands gestärkten Völkerbund. Der Tag, an dem Deutschland unfähig sein werde, die Reparationen zu erfüllen, sei vielleicht näher gerückt worden. Wenn die Entscheidung eingehalten werden sollte, sei es nur recht und billig, wenn der oberschlesischen Bevölkerung eine neue Abstimmung vorgeschlagen werde, durch die es der Bevölkerung Oberschlesiens ermöglicht werden solle, Stellung zu nehmen: 1. zu der Teilung, wie sie ihr vorgeschlagen wird; 2. zu einem ungeteilten deutschen Oberschlesien; 3. zu einem ungeteilten polnischen Oberschlesien und 4. zu einem ungeteilten selbständigen Oberschlesien unter der Leitung des Völkerbundes.

Wie war es doch!

Der nationalsozialistische Professor Dr. Ziegler hatte in der „Süddeutschen Zeitung“ die Behauptung aufgestellt, das Unglück Deutschlands sei auf das Waffenstillstandsangebot vom 5. Oktober 1918 und auf die Reichsregierung und die Giltigkeit zurückzuführen, mit der das damalige Reichskabinett unter Prinz Max von Baden das Waffenstillstandsangebot herausgab. Nun gehören wir sicher nicht zu den Lobrednern des Prinzen Max samt seinem Staatssekretär Scheidemann, aber wir müssen dem Prinzen Max beipflichten, wenn er in einer Erwiderung auf die Anknüpfung des Professors Ziegler die Schuld Ludendorffs an jenem Waffenstillstandsangebot erneut feststellt. Max von Baden weist, unter Berufung auf Ludendorffs „Kriegserinnerungen“ (Seite 581) darauf hin, daß Ludendorff sich am 28. September 1918 zu dem Entschluß durchgerungen hatte, den Feind um Frieden und Waffenstillstand anzugehen. Abends um 6 Uhr legte der Generalfeldmarschall Hindenburg seinen Entschluß vor und bemerkte dabei: „Die Lage könne sich durch die Ereignisse, die sich am 30. September 1918 abspielten, als Ludendorff unangemeldet zum Kaiser hereinrückte und ihn barsch fragte, ob denn die neue Regierung noch nicht gebildet sei (die Regierung Max von Baden wurde am 3. Oktober gebildet. Die Red.) und dann erklärte: „Die Regierung muß aber sofort gebildet werden, denn das Friedensangebot muß noch heute heraus.“

Max von Baden zitiert weiter die Vorgänge, die sich am 30. September 1918 abspielten, als Ludendorff unangemeldet zum Kaiser hereinrückte und ihn barsch fragte, ob denn die neue Regierung noch nicht gebildet sei (die Regierung Max von Baden wurde am 3. Oktober gebildet. Die Red.) und dann erklärte: „Die Regierung muß aber sofort gebildet werden, denn das Friedensangebot muß noch heute heraus.“

Auch das Telegramm Hindenburgs vom 1. Oktober 1918, 1 Uhr nachmittags, erwähnt Max von Baden, worin Hindenburg sich mit einem 25stündigen Aufschub nur unter der Bedingung einverstanden erklärte, daß mittlerweile die neue Regierung gebildet sei. Sollte dies zweifelhaft sein, so müßte das Friedensangebot noch in derselben Nacht (1. Oktober) hinaus.

Wenn also das Waffenstillstandsangebot leichtfertig und eilig erfolgte, wie Professor Ziegler sagt, so trifft die Schuld daran einzig und allein Ludendorff und die Oberste Heeresleitung.

Frankreich fordert Aufrechterhaltung der militärischen Sanktionen.

London, 17. Oktober. (U.) Die französische Regierung ließ Lord Curzon durch den französischen Botschafter den Beschluß des Ministerrats übermitteln, nach dem eine Aufhebung der militärischen Sanktionen im Rheinland abgelehnt wird. — Die französische Regierung begründet ihre Auffassung damit, daß die Sanktionen die notwendige Sicherheit für Frankreich und die Alliierten bilden, daß sich in Deutschland keine gegen die Alliierten gerichteten Pläne durchsetzen.

Der Kongreß der italienischen Sozialisten.

Mailand, 14. Oktober. In der heutigen Sitzung des Sozialistenkongresses riefen die Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes zur Einigkeit auf. Turati kritisierte unter großem Beifall die Idee einer maximalistischen Aktion, betonte, es sei notwendig, daß sich die Partei des Proletariats annehme, und fügte hinzu, selbst der Klassenkampf sei ein Zusammenarbeiten, und historische Notwendigkeit könne dazu zwingen, in die Regierung einzutreten. Nach der Konzentrationsidee wolle man die alte Gesellschaft in die neue ohne Erschütterungen einfügen. Italien umzubilden heiße das Proletariat umbilden, welches bei einem Zusammenbruch am stärksten zu leiden haben würde. Der Redner appellierte nochmals an die Einigkeit zur Vermeidung einer sehr gefährlichen Spaltung. Barazono und Lazzari sprachen gegen eine Teilnahme an der Regierung. Modigliani appellierte ebenfalls an die Einigkeit und trat für ein Abkommen zwischen Faschisten und Sozialisten ein, indem er die gewaltige moralische Bedeutung eines solchen Abkommens hervorhob.

Mailand, 16. Oktober. Der Sozialistenkongreß nahm in seiner letzten Sitzung von einer Erklärung der Kommunisten der Dritten Internationale Kenntnis, welche auf den Widerspruch zwischen der einem Zusammengehen mit der Regierung günstigen Abstimmung des Kongresses und dem einstimmig angenommenen Botschaft der Dritten Internationale hinweist, und erklärte, die italienische Sozialistenpartei habe sich in bewusster Weise außerhalb der Dritten Internationale gestellt. Bei der Ausschlußwahl wurde die Liste Serrati-Bella angenommen. Serrati wurde als Leiter des Komitees bestätigt.

Die Abstimmung über die eingebrachten Resolutionen hatte folgendes Ergebnis: Für die Resolution Serrati-Barazono, Magliacelli und Unitarier, 47.628 Stimmen, für die Resolution Turati-Baldesi, Konzentrationisten, 19.916 Stimmen, für die Resolution Alessandri-Fischel, Centristen, 8080, für die Resolution Maffi-Lazzari, Sezessionsisten, 3765 Stimmen. — Nach der Vorannahme der Wahlen wurde der Kongreß geschlossen.

Das Abkommen von Venedig.

Wien, 14. Oktober. Die in Venedig festgestellte Grundlage des erst abzuschließenden Uebereinkommens besteht in folgendem: Durchführung einer Volksabstimmung in Debensburg und fünf Dörfern, darunter Zintendorf, durch eine internationale Kommission, der ein österreichischer und ein ungarischer Delegierter angehören, nach Räumung von den Banden und nach ordnungsgemäßer Uebergabe Weggungarns. Die Entente sieht die Entsendung internationaler Truppenkontingente in das Abstimmungsgebiet vor. Für die Säuberung von den Banden ist von der ungarischen Regierung eine Frist von drei Wochen vorgegeben. Sollte die Volksabstimmung einen für Österreich ungünstigen Ausgang nehmen, so werden für das bei Ungarn verbleibende Gebiet wettgebende Verkehrs- und handelspolitische Begünstigungen vorgezogen, die man dahin zusammenfassen kann, daß Debensburg die Rolle einer Art von Freihafen annehmen würde. Eine weitere Verpflichtung Ungarns besteht darin, daß es sich bereit erklärt, den durch die verpatete Uebergabe Österreich erwachsenden Schaden zu ersetzen. Ob dieser Vorschlag durchgeführt wird, hängt von der Entscheidung der parlamentarischen Körperschaften ab. Die Sozialdemokraten und die Großdeutschen sind mit dem Abkommen nicht einverstanden.

Gegen die monarchistischen Antriebe in Oesterreich.

Wien, 15. Oktober. Der Verband der Großdeutschen Volkspartei beschloß eine Anfrage an die Regierung zu richten, in der auf die karlistische Bewegung verwiesen und betont wird, es sei Aufgabe, daß der Reichsbund der Oesterreicher und andere karlistische Organisationen tätig im Dienst der Propaganda seien und aus dem Auslande bedeutende Geldmittel erhalten. Die Abgeordneten fragen die Regierung, was sie zu unternehmen gedenke, um die gegen den Reichsbund der Republik gerichteten Umsturzbestrebungen zu unterbinden und gegen die Schuldigen vorzugehen.

Gray, 16. Oktober. Im Landtag nahmen die Sozialdemokraten, die Bauernbündler und die Großdeutschen gegen die monarchistischen Antriebe in Steiermark Stellung und traten für eine geschlossene Front gegen die Karlisten ein. Sie sprachen sich gegen die Anstellung von monarchistischen Personen in Staatsstellungen aus.

Ein preussischer Hauptmann als Bandenführer.

Wien, 17. Oktober. (U.) Wie der Arbeiterzeitung aus Wiener-Neustadt berichtet wird, wurde am Sonntag in Debnitz ein preussischer Hauptmann Matern verhaftet. Der Hauptmann war aus Eisenstadt ins Burgenland gekommen und gehörte zum Detachement Friedrich. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine ungeheure Erregung. Sie stürmte das Arreststol und wollte den Hauptmann lynchen. Nur mit großer Mühe gelang es den Gendarmen, den Hauptmann zu retten, der unter Bedeckung von Debnitz nach Wien überführt wurde.

Wien, 15. Oktober. Wie die Blätter melden, wurde in Wiener Neustadt der pensionierte österreichische Oberst Holz unter dem Verdacht der Spionage zugunsten Ungarns und wegen monarchistischer Propaganda verhaftet.

Gestern gab es wieder Geplänkel an der ungarisch-österreichischen Grenze. Ein ungarischer Angriff auf die Burgauer Eisenbahnbrücke wurde zurückgeschlagen. Bei Neustadt wurde ein zweifelhafter Waffenstillstand zwecks Abtransportes einiger in Brud befindlicher deutsch-österreichischer Familien geschlossen.

Kundgebungen gegen die Teuerung in Wien.

Wien, 15. Oktober. (U.) Infolge der Teuerung und der angekündigten Brotpreiserhöhung kam es gestern vormittag zu ziemlich heftigen Ausritten auf den Märkten, namentlich im Arbeiterbezirk Favoriten, wo die Unruhen zwei Stunden dauerten. Einige Stände wurden gepöbelt, wobei die Geschäftsleute der umliegenden Strazengänge ihre Geschäfte schlossen. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her. Heute nachmittag fanden erneut Teuerungsdemonstrationen der Arbeiter des Bororts Favoriten statt. Es wurden eine Menge Fenstersteine eingeschlagen. Die Menge verübte ferner Ausschreitungen gegen Geschäftsleute, welche überall ihre Läden schlossen.

Wien, 15. Oktober. In den Wiener Lagerhäusern wurden von den Behörden große Mengen zu Spekulationszwecken eingelagerter Waren beschlagnahmt, wie Kaffee, Marmelade usw. Der Wert der beschlagnahmten Waren soll 70—80 Millionen Kronen betragen.

Strafverfahren gegen die Führer der Hundertschaft z. b. D.

Von der Berliner Staatsanwaltschaft ist gegen den Führer der Hundertschaft zur besonderen Verwendung, Hauptmann Siennes und Genossen die Voruntersuchung wegen Waffenhinterziehung und Geheimbündelerei eröffnet worden.

Das sozialistische Ministerium in Schweden.

Stockholm, 15. Oktober. Das Geschäftsministerium Sjödem ist gestern von dem rein sozialdemokratischen Kabinett Branting abgelöst worden. Das neue Ministerium setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Minister des Innern: Branting, Wehrminister: B. A. Hansson, Justiz: A. Lerman, Soziales: Herm. Lindquist, Verkehr: Derne, Finanzen: Thorsson, Kultus: Olaf Nilsson, Landwirtschaft: Linders, Handel: C. E. Svensson. Ohne Vortragsliste: Sandler, Rothin und Schjäter.

Die Griechen in Kleinasien.

Aus Smyrna wird berichtet: Die neue Verwaltungsorganisation wird nunmehr durchgeführt. Sie bildet weder eine Annetktion noch eine administrative Angliederung an das Königreich Griechenland, sondern eine Zusammenfassung aller durch die griechische Armee besetzten Gebiete unter der griechischen Verwaltung in Smyrna. Bei der Zivilverwaltung, bei den Gerichten und beim Finanzwesen werden die administrativen und kommunalen ottomanischen Behörden eine Ueberwahrung mit Vetorecht ausüben. Nur bei den Entscheidungen der griechischen Kriegsgerichte ist ihnen kein Einspruchsrecht eingeräumt. — Nach einer Meldung aus Athen hat das griechische Kabinett den General Dusanis, der erst vor einigen Tagen zum Generalstabschef ernannt worden war, entlassen. Der General soll in Ungnade gefallen sein, weil er einen Tagesbefehl herausgegeben hatte, daß angesichts der politischen und militärischen Lage die Regierung in seinen Händen liege.

Aus der Partei.

Bezirksversammlung Groß-Dresden.

Die kürzlich im Volkshaus in Dresden abgehaltene Bezirksversammlung war von 31 Delegierten besucht. Vom Parteivorstand in Berlin war Genossin Wurm delegiert. Den Rassen- und Geschäftsbericht für das Quartal April/Juni erstattete der Sekretär Genosse Wente. Die Einnahmen beliefen sich auf 49.262,54 Mark, die Ausgaben auf 35.507,60 Mark. Der Bestand der Bezirkskasse beträgt 8672,42 Mark und 5082,50 Mark Wahlfonds. Die Verpflichtungen an die Zentrale in Berlin sind voll erfüllt. Der Bezirk zählt in 157 Gruppen 13.294 Mitglieder, davon 1.452 weibliche. Der Betrieb der Wahlfondsarbeiten muß ein besserer werden, 3129 Mitglieder haben keine Wahlfondsarbeiten geleistet. — In der Aussprache über den Bericht wurde darauf hingewiesen, daß es zweckmäßig sei, zu Beginn des nächsten Geschäftsjahres einen Haushaltsplan aufzustellen, um so ein klares Bild über die notwendigen Einnahmen und Ausgaben zu erhalten. Wegen der Wahlfondsarbeiten wurde auf die Bestimmung des Landesstatuts hingewiesen, die besagt, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, eine Wahlfondsarbeit zu leisten.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erstattete Genosse Wente den Bericht von der Reichskonferenz der Bezirksvertreter. Auf dieser Konferenz ist Bericht erstattet worden von der Geschäftsführung der Gesamtpartei. Es wurde festgestellt, daß die durch den im Oktober erfolgten Uebertritt zur SPD. eingeleitete Krise überstanden ist. Aus allen Bezirken wird ein Auftrieb der Mitgliederzahl und die Besserung der Finanzen gemeldet. Die letzte Werbewoche hat uns im Bezirk allein etwa 2500 neue Leser und 1000 neue Mitglieder gebracht. Die weitere erfolgreiche Aussprache über die politische Lage im Reich nahm einen breiten Raum ein. Insbesondere wurde festgestellt, daß die U.S.P. in allen politischen Situationen die treibende Kraft gewesen ist. Die Genossin Wurm ergänzte die Ausführungen des Genossen Wente unter besonderer Beleuchtung der Situation, wie sie durch den Berliner Beschluß geschaffen wurde, und brachte den Briefwechsel zwischen SPD. und U.S.P. zum Vortrag.

Die Konferenz beschäftigte sich noch mit der Schaffenden Frau und der Bekanntmachung des Parteivorstandes, wonach von der Reichstagsfraktion nur eine Vertretung am Parteitag teilnehmen darf. Zur ersten Angelegenheit wurde beschlossen, die Druckereigeschäftsleitung und Bezirksleitung zu beauftragen, mit dem Parteivorstand in Berlin wegen Regelung dieser Angelegenheit in Verhandlung zu treten, zur zweiten, daß beim Parteivorstand Einspruch erhoben werden soll.

Von Nah und Fern.

Chicago, 15. Oktober. Der Seismograph des meteorologischen Instituts in Chicago hat ein Erdbeben registriert, das etwa 2685 Meilen entfernt im Stillen Ozean katalanischen bat.

Die Opfer der Explosion in Bulgareit. Bulgareit, 15. Oktober. Bei der Explosion im Fort Rudenit wurden 15 Personen getötet und 15 verletzt, 18 werden vermisst.

Letzte Nachrichten.

Das Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahlen.

Berlin, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlen wurden abgegeben: für die U.S.P. 352.502 Stimmen, bei den Landtagswahlen 332.570, also eine Mehrheit von 20.000 Stimmen; für die SPD. 373.400 Stimmen, bei den Landtagswahlen 427.295 Stimmen; für die K.P.D. 165.600 Stimmen, bei den Landtagswahlen 194.948 Stimmen.

Das Ergebnis der abgegebenen bürgerlichen Stimmen liegt noch nicht genau vor, aber es scheint, daß die Bürgerlichen eine kleine Mehrheit von 1 oder 2 Mandaten, vielleicht auch 3 oder 4 Mandaten erlangen. Die Arbeiterbezirke haben schlecht gewählt: Grund zur Wahlmüdigkeit ist wohl im Bruberkampf, der in Berlin heftiger tobt, zu finden. So wurde in reinen Arbeiterbezirken, wie Lichtenberg, Friedrichshain und Neutölln, schlecht gewählt. Hingegen sind die bürgerlichen Parteien ziemlich stark angetreten. Sie haben viel Stimmenzuwachs aus dem Kreise der Frauen erhalten, da die Deutschnationalen dem sozialistischen Magistrat die Schuld an der Teuerung bei ihrer Apitiation aufhoben.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Walter Frentag in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Bille, Vorsitz Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig. Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Lichtspiele Alberthalle

Ab Dienstag, den 18. Oktober

Sehen von der Zensur freigegeben! ♦ Uraufführung für ganz Deutschland.
Kommen! — Sehen! — Staunen!

Der 2. amerikani-
sche Grossfilm
in 6 Abteilungen
18 Episoden und
36 Akten.



Sensationen über
Sensationen
auch das Phan-
tom aus Goliath
Armstrong ist
wieder dabei.



Ein Film, wie er
bisher noch nicht
gezeigt wurde.



Versäumen Sie
nicht dieses Pro-
gramm.

I. Teil: Die Todesfahrt 6 Akte

sowie der weitere grosse Spielplan

Anfang Wochentags 7/5 Uhr — Beginn der letzten Vorstellung 7/9 Uhr.

Nachtfalter

Hainstrasse 18
Allabendlich 7 1/2 Uhr
Kabarett.

Rindensfels

Karl-Seine-Strasse 50 Fernruf 18195/96
Wochentags: Einlaß 7/5, Anfang 8, Ende 11 Uhr.
Sonntags: Einlaß 3, Anfang 7/4, Ende 11 Uhr.
Morgen Dienstag

Goliath Armstrong

6. und letzter Teil: Entlarvt.
Sensationsfilm in 6 Akten.

Der Schatz der Azteken

Großer Abenteuerfilm in 6 Akten.

Wintergarten

Eisenbahnstraße 56 Fernruf 18195/96
Wochentags: Einlaß 7/5, Anfang 8, Ende 11 Uhr.
Sonntags: Einlaß 3, Anfang 7/4, Ende 11 Uhr.
Morgen Dienstag

Die Nacht ohne Morgen

Großer galliger Film mit
Oris Segeja, Hans Wierendorff
Kanni Weise.
Der Film wurde in der Leipziger Alberthalle aufgen.
Das böse Gewissen
Lustspiel in 2 Akten mit Leo Peukert.
Soolbad Dürkheim. Natur-Aufnahme.

Noch sehr preiswert!

Wessel, Str. 10, 80 u. 10.00 / Geblick u. ungeblickt. Barren
Str. 17, 50 / Schwarze und graue Wolle, 10 Gebd. 12.00
Schürzen / Solentträger, Strümpfe / Handtücher / Zehn-
fächer / Seidenstich / Linon / Slangenteile usw.
C. Wöchner, Peußisch, Lindenauer Str. 49 (Tein Laden)

Blumensäle.

Täglich abends 7/8 Uhr
Künstler-Kabarett.
Sonntags 2 Vorstellungen. * 4 Uhr u. 7/8 Uhr

Schillerschlößchen

L. Gohlis, Mendelstraße. Straßenz. 6, 12, 13, 20.
Seite von 7 Uhr an
Grosser Damen-Ball
Abwechselnd Damen- und Herren-Engagement.
Das ist Betrieb!

Verband der Steinsetzer Deutschlands.

Filiale Leipzig.
Dienstag, den 18. Oktober, abends 7 Uhr
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Bericht über die Lohnbewegung.
2. Gewerkschaftliches.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. D. B.

Holzarbeiter-Verband

Dienstag, den 18. Oktober, nachmittags 7/5 Uhr
im Volkshaus, großer Saal
Versammlung aller in der Musikindustrie
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
Tagesordnung:
Berichterstattung über den Stand unserer Lohn-
bewegung und Beschlußfassung über die zu
ergreifenden Maßnahmen.
Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen
ist Pflicht.
Die Ortsverwaltung.
Beim Herbstvergnügen im Volkshaus ist ein
schwarzer Spitzendolch gefunden worden. Derselbe
ist auf dem Bureau, Zimmer 17, abzuholen.

Freie Sänger, Stütz.

Dienstag, 7 Uhr:
Trauorständchen
im Landhaus.

Mieterverein Markranstädt

Dienstag, den 18. Oktober, abends 7/8 Uhr, in der
Guten Quelle: Mitglieder-Versammlung.
Vollständiges Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Musikholzauf

Kant- und Rundhölzer
Sonntags 8-10 Uhr zu erziehen Brandvorwerkstr. 41
Telephon 31424

Zigaretten

teils mit Preisauflage
30-60 Pfg. versteuert zu
10, 15 und 30 Pfg.
alles goldgelber Tabak
liefert in jeder Menge nur
solange Vorrat reicht
Zigaretten-Spezialhaus
Leipzig, Blücherstr. 11.

Vermischte Anzeigen

Ehrenerkklärung!
Die i. Erregung getane Äuße-
rung gegen Fr. E. Möcke
nehme hiermit zurück.
L. Sellenhauen. A. K.

Belohnung!
Die erkannte Frau, welche
den Schlangentanz, ges. E. V.
1917, am Sonnabend vorm. u.
d. Hin.-Geld. Merck. Str. 106,
aufgehob. hat, wird gebeten,
denselb. geg. Belohnung bal-
dausd. Vor Amt w. gemarnt.

Belohnung!
D. Schülerbda. a. d. Nam. Freya
bb. Schwarz, Müd., br. Beine,
7 Mon. alt, Sonntag vorm. entl.
Abau. geg. gute Belohn. ausd.
demi. d. m. evtl. d. Diebstahm.
Michalk, Klisch., Schloßm. 2. I.

Ausscheiden!
Briefl. Ausbildungskurs.
für Maurer und Zimmerer
als Pollerer, Zeichner, Betonmstr.
Lehrpläne kostenfrei!
C. Drescher, Bauführer
Goldschmieden, Post St.-Lissa.

Ihr Anzug
wird wieder wie neu ge-
reimt u. gebäht für
25 Wfr. Abholung und Zu-
sendung frei. Polsterte ge-
nügt an Wälderei Undine,
Leipzig-Dölitz.

Kammerjäger Wagner
wohnt Senefelderstr. 11, S. I.

Zahnpraxis
George v. Naumann
Spezialist. Kautschuk-
Kronen- u. Brückenarb.
mit und ohne Platte
Grimmischer Steinweg 16
Zweigpraxis
Lindenau, Gundorf Str. 33
Sprechzeit:
Montag, Mittwoch Frei-
tag 7/4-7/6 Uhr.

Familien-Nachrichten
Margarete Rödiger
Paul Götz
grüßen als Verlobte
L.-Planwitz Großsch.-Windorf
den 17. Oktober 1921.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Nährmittelverteilung.
250 Gramm ausländ. Weizenmehl (1.90 Mk.)
Bestellung: Verbraucher beim Kleinhändler bis
18. 10., Kleinhändler beim Obmann 19. 10.
Beaufscheinennahme durch d. Obmannen 20. 10.
Warennahme durch d. Verbraucher bis 29. 10.
Die Verbraucher haben die Bestellung beim
Kleinhändler unter Vorlegung ihrer Haushalt-
karte zu bewirken. Die Händler haben auf der
Rückseite der Haushaltkarte den Tag der Anmel-
dung, ihren Namen oder Firmenstempel anzu-
bringen. Die Anmeldung bei mehreren Händlern
ist verboten.
Gesundheitsamt Weissa, 15. Oktober 1921.

Landbesuch von Brieflets für Untermieter.
In Ergänzung der Bekanntmachung vom
1. September 1921 wird der Landbesuch von
Brieflets zugelassen auf die
Kohlenarten für Haushalte mit Untermietern
und zwar mit der vollen durch die Kohlenarten
belegten Menge.
R. M. 19/40
Weissa, 16. 10. 21. Der Rat der Stadt Weissa.

Tauscha. Es sind fällig: Am 15. Oktober 1921
die städtische Grundsteuer für den
2. Termin 1921, am 1. November 1921 die Bei-
träge zur Landes-Gebäude-Vericherung für den
2. Termin 1921. Diese Steuern sind innerhalb
14 Tagen nach dem Fälligkeitstag an unsere
Steuerkasse, Rathaus, Zimmer 2, einzuhändigen.
Tauscha, am 15. Oktober 1921. Der Stadtrat.

USPD. Groß-Leipzig

Alt-Leipzig, Bezirk Süden. Mittwoch, den
19. Oktober, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Gesellschafts-
saal, **Mitgliederversammlung**, Tagesordnung: 1. Bericht:
Die Verfassung von Sachsen, Redner Landtagsabge-
ordneter Genosse Herm. Müller. 2. Aussprache.
3. Verschiedenes. — Da es für alle Parteimitglieder
äußerst wichtig ist über die Grundrechte im Saate
unterrichtet zu sein, erwarten wir einen recht regen
Besuch. Die Bezirksoffiziere.
Mitgliedsbeiträge können in der Versammlung ent-
richtet werden.

Ortsverein L.-Ost

(U. S. P. D.)

Heute, Montag, abends 7/8 Uhr
in den „Drei Möhren“, Anger
Bezirks-Versammlung
für Anger und Reudnitz.
Tagesordnung: 1. Wirtschafts-, Saluta- und
Steuerfragen. Referent: Genosse Paul Pottke.
2. Aussprache. 3. Parteilangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter

Zahlstelle Leipzig.

Zementwaren- u. Kunststeinarbeiter. Dienstag, den
18. Okt., abds. 7/8 Uhr, bei Bode, Magwitz, Merseburger Str. 32:
Branchenversammlung. T. O.: 1. Bericht über
die stattgefundenen Verhandlungen. 2. Abbruch des
Streikes. 3. Verschiedenes. Alle Kollegen und Kol-
leginnen müssen in dieser Versammlung erscheinen.

2 öffentliche Vorträge!

Montag, den 17. Oktober, abends 7/8 Uhr, im Saale der
„Drei Lilien“ in L.-Reudnitz Kohlgraben-
straße 63
Dienstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Saale der
„Goldenen Krone“ in L.-Connwitz

über
Weltreform nach dem Buche Der Naturstaat!
von F. E. Bliz, Inhaber des Sanatoriums
Bliz, Radobühl-Dresden und Verfasser des
Werkes „Bliz, das neue Naturheilverfahren“.
Eintritt frei für jedermann!

Zahnpraxis Rehme, Pfaffenfurter Str. 3, II.
Am Alten Theater.
Mod. preisw. Zahnersch. in Gold, Goldschm. u. Kunstschm.
Tätig für preuß. ländl. Eisenbahn, Post-, Zünungs- und
andre Krankenkassen.

Familien-Nachrichten

Infolge eines Blitschlages mußte am 14. Oktober
unser lieber, lebensfroher
Fritz Schröder
im Alter von 13 Jahren sein junges Leben lassen.
In tiefer Trauer
Familie Schröder Familie Stolle
Leubsch, Hauptstraße 54. Lind., Sebelstraße 30.
Beerbigung Dienstag 1 Uhr, Leubsch Friedhof.

Nach langem, schwerem Leiden verschied mein
lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder,
Schwiegerjohn und Sawager, der Väter
Johann Dübel
im Alter von 42 Jahren. In tiefer Trauer
L. Schönefeld, Wanerstraße 8.
Pauline Dübel
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.
Einäschung Dienstag 7/4 Uhr Südfriedhof.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Tochter
und Schwester
Martha Lange

Sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Besonderen
Dank ihrem lieben Klassenlehrer und Mitschülerinnen
für Krankebesuche und leiches Geleit. Dank meinen
lieben Meistern und Arbeitskollegen der Firma
Rischel u. Co. für ihre Spenden. Auch allen Ver-
wandten, Freunden und Bekannten sei nochmals
herzlich gedankt für den reichen Blumenbesuch und
Begleitung zur ewigen Ruhe.
Dir aber, liebe Martha, rufen wir ein Ruhe
lant in dein altes frühes Grab nach.
Lieberwoltwitz, am 17. Oktober 1921.
Familie Bruno Lange.

Biel zu früh bist Du gegangen,
Bon der treuen Eltern Herz;
Dir ist wohl, Du ruhest in Frieden,
Über uns, uns bleibst der Sämers.

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Table with columns for date, temperature, wind, and other weather observations for Leipzig from October 16th to 17th, 1921.

und noch herrscht. Entsprechend dieser Uebereinstimmung wird auch der Wahlkampf von den bürgerlichen Parteien geführt.

Die Rechtssozialisten haben ebenfalls zu den Stadtverordnetenwahlen Stellung genommen. Sie haben Kandidaten aufgestellt, von denen die Freie Presse folgende Namen nennt:

Aus diesen Forderungen (des sog. Gemeindefortschritts) geht zunächst hervor, daß der Eigenbetrieb keineswegs restlos durchzuführen sein muß, denn es heißt, daß die Betriebe der Privatwirtschaft zu entscheiden sind.



Seht die Wählerlisten ein!

Die Stadtverordneten-Wähler-Listen liegen von Montag, den 17. Oktober, bis Freitag, den 21. Oktober, von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, Sonnabend, den 22. Oktober, von 8 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags öffentlich aus.

Die Listen liegen also nur in dieser Woche aus. Sichere sich jeder sein Wahlrecht!



Diese Auslegung trägt den Görlicher Geist deutlich an der Stirn. Die Freie Presse zieht auch gleich die praktischen Schlussfolgerungen aus der Görlicher Erkenntnis.

Wit einer besonderen Leistung nimmt der Rote Kurier zu den Gemeindefortschritts-Listen Stellung. Er glaubt offenbar der Arbeiterklasse am Besten damit zu dienen, wenn er seiner Methode der Lüge und Verleumdung gegen die USPD treu bleibt.

Lüge Nr. 1 des Roten Kuriers: In Leipzig ist es jedoch insbesondere das Verdienst der Unabhängigen, den Arbeiterrat so schnell wie möglich unter die 'Hohheitsrechte' des Stadtverordnetenparlamentes gestellt zu haben.

Lüge Nr. 2. Der Rote Kurier behauptet, die sozialdemokratischen Parteien, also auch die Unabhängigen, hätten im Gemeindeparlament Burgfriedenspolitik getrieben.

Lüge Nr. 3. Der Rote Kurier schreibt: Die Unabhängigen müssen, nach allen Anzeichen, die vorliegen, noch härter als bisher die Politik der Rechtssozialisten in der Praxis durchzuführen.

Damit behauptet der Rote Kurier, die Unabhängigen treiben Sinnespolitik. Das ist zu dumm, als daß sich eine Erwiderung lohnte.

Lüge Nr. 4. Der Rote Kurier behauptet, USPD und SPD haben dafür gesorgt, daß die Polizei ihre Spionagearbeit auf die politischen Organisationen des Proletariats ausdehnen kann.

Tatsache ist, daß die USPD in schärfster Weise dagegen aufgetreten ist, daß die Polizei als Werkzeug gegen die politischen Organisationen des Proletariats mißbraucht wird.

Wenn der Rote Kurier so wie begonnen im Wahlkampf fortfährt, dann kann es zu recht unerquicklichem Streit kommen, aus dem die Bürgerlichen nur Ruhen ziehen werden.

Leipziger Mieter! Ihr seid gewarnt!

Die Leipziger Hausbesitzer veranstalteten am Sonntagvormittag eine Kundgebung im Zoo. Es galt, die Hauswirte für die Stadtverordnetenwahlen mobil zu machen.

Herr Kirnse betonte in seinem Referat, nur die freie Wirtschaft könne den Wohnungsmangel beseitigen. Das erinnert an die bekannte Weise, daß uns die freie Wirtschaft billige und reichliche Nahrungsmittel bringen würde.

Herr Kirnse wagte zu betonen, daß es nicht die Hausbesitzer seien, die die Mietsteigerungen bewirkten, sondern daß die Regierung durch die Steuern die Mieten erhöhte.

Fast alle Redner wiesen auf die kommenden Stadtverordnetenwahlen hin. Die Mieter wissen, was ihnen droht. Wenn sie sich nicht dem schrankenlosesten Wucher aussetzen wollen, müssen sie die Kandidaten der USPD wählen.

Isbesehlüsse.

Die Anfechtungsklage gegen die Leipziger Gewerbesteuer. Das Oberverwaltungsgericht hat die von mehreren Gewerbetreibenden Leipzigs eingereichte Anfechtungsklage, mit der die Rechtswirksamkeit der Leipziger städtischen Gewerbesteuerordnungen für 1920/21 bestritten wurde, abgewiesen.

Stiftungen. Frau Geheimrat Klinger hat dem Museum der bildenden Künste vier wertvolle Radierungen des verstorbenen Meisters gestiftet, die der graphischen Sammlung einverleibt werden sollen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. Oktober.

Marie-Angelegenheiten.

USPD, Groß-Leipzig.

Dienstag, den 18. Oktober 1921, abends 7 Uhr, Hauptvorstandssitzung im Volkshaus.

Schönfeld. Heute, abends 8 Uhr, in Bad Rohrteich, Funktionärssitzung. Alle arbeitsfreudigen Genossen und Genossinnen, welche sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, sind herzlich willkommen.

Dresdener Paunsdorf. Dienstag, den 18. Oktober 1921, abends 7/8 Uhr, Frauenabendsitzung im Restaurant 'Alte Post'.

Südbezirk. Dienstag, den 18. Oktober, abends 7/8 Uhr, Funktionärssitzung im Goldenen Stern.

Dresdener Plagwitz-Lindenu. Mittwoch, den 19. Oktober 1921, Kinderausflug nach Schönau, Alter Gasthof.

Westbezirk. Heute Montag, den 17. Oktober, abends 7/8 Uhr, wichtige Funktionärssitzung in den Westendhallen.

Leipzig. Dienstag, den 18. Oktober, abends 7/8 Uhr, im Vater Jahn, Frauenabend.

Kurse des Gewerkschaftskurses. Heute, abends 7 Uhr, beginnt der Kursus über Betriebslehre. Lehrer Dr. Petermann im Restaurant Harmonie.

Gruppenrat VI. Donnerstag, den 20. Oktober, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Metallarbeiter USPD. Betriebsobleute und Arbeitsausschuß, Dienstag, den 11. Oktober, abends pünktlich 7/7 Uhr, Sitzung in der Leipziger Volkszeitung.

Achtung, Kurzus Geschichte!

Infolge Behinderung des Referenten, Genossen Saupé, muß der Beginn des Kurzus um einige Wochen verschoben werden.

Einführung in das Kunstverständnis, mit Lichtbildern, Redner Gen. Greiner (Gera). Sonnabend, 15. Oktober, abends 7/7 Uhr, im Hörsaal V der Hochschule für Frauen.

Grundlagen der Naturerkenntnis, Redner Gen. Dr. Popph, Dienstag, 18. Oktober, abends 7 Uhr, im großen Hörsaal des Zoologischen Instituts.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut Leipzig.

Der Aufmarsch zur Stadtverordnetenwahl.

Der Aufmarsch der Parteien zur Stadtverordnetenwahl hat auf der ganzen Linie, sowohl in Verammlungen als auch in den Zeitungen, begonnen. Das Leipziger Tageblatt beschäftigt sich in einem Artikel seiner Sonntagsnummer mit der Wahl, der deutlich erkennen läßt, welche heillose Angst die Bürgerlichen vor einem sozialistischen Siege haben.

In der Absicht, das Bürgertum vor der roten Gefahr aufzuwecken, malt das Tageblatt die Folgen eines sozialistischen Wahlsieges in den schrecklichsten Farben. Man kann sich aus diesem Anfang ungefähr ein Bild davon machen, wie das Bürgertum im weiteren Verlauf des Wahlkampfes den roten Lappen schwenken wird.

Peter Schaller.

Von Frida Schwarzer.

„Aber Peter Schallers Wollen wurde allmählich matt, verlor die Schwungkraft. Ohne erregende Erlebnisse rannen die Monate, in gleichförmiger Gewohnheit, tagaus, tagein das Gleiche. Nicht einmal mehr die ausübende Arbeit schaffte ihm Qual. So abgestumpft war er schon. Sie erstödete langsam in ihm die feinsten und geheimsten Kräfte seines Innenlebens. Er merkte es kaum. Die gleichmäßig hellere Freundlichkeit seines Weibes rang ihm die Waffen aus der Hand. Gewohnheit trieb ihn wieder zu ihr. Das Gefühl, das in ihm repositiert hatte und ihm sagte, eine Ehe, die seine innere Gemeinschaft habe, sei die wahre Unstimmigkeit, war verstummt. Auch diese Stimme hatte Gewohnheit und Gleichmaß zum Schweigen gebracht. Gewohnheitsstaub hatte sich auf das Leben gelegt. Begeisterung und Wünsche lagen tief verborgen unter dem Gerümpel lähmender Gleichgültigkeit.“

Bis ein Windstoß kam, der all diesen Gewohnheitsstaub hinwegfegte.

In einer Vesperpause wars. Ein paar Arbeitskollegen hatten sich Joten erzählt und dabei spöttische Randlossen gemacht über „die Weiber“. Peter hatte das Gespräch angeekelt und er war weggegangen. Höhnische Nachrufe folgten ihm. „Der hat's grade nötig, zimperlich zu tun wie ein Jungferchen, der Dummkäuser der, der sich mit dem Geiztölpel, das keine Frau sich erhart.“

„Meinst du mich?“ Peter hatte sich umgewandt.

„Frau nicht so dumm!“ war die Antwort. Da hatte Peter den Sprecher auch schon bei der Gurgel gepackt. Die Holzhauerarme griffen kräftig zu und er beutelte den andern, daß ihm Hören und Sehen verging. Die andern tiffen sie auseinander und hielten sie fest, die sich wieder aufeinander losfürzen wollten. Das Signal zur Arbeit rief beide an verschiedene Plätze. Peter mußte die Abrechnung für den Schimpf auf später verschleppen. Er litt er noch vor Wut. „So ein Lump, so ein Injamer“, leuchtete er.

„Na, laß nur gut sein“, beschwichtigte einer, der mit ihm am gleichen Dien arbeitete, „Abelnehmen kannst du keine Nebenarten eigentlich laum!“

„Was, solche niederträchtige Lügen soll ich nicht mal übernehmen?“

„Nee, hör mal, das glaubt dir aber nun wirklich kein Mensch.“

„Was glaubt mir kein Mensch?“

„Daß du nichts davon weißt, wie deine Frau es treibt.“

„Was, du sprichst diese hundsöttische Lüge auch noch nach?“

„Nee, sag mal, stellst du dich so dumm oder bist du tatsächlich so, — nee, ich finde gar keine Worte dafür —, daß du wirklich nichts weißt, was die ganze Stadt erzählt.“

„Ja, bin ich verrückt oder bist du's? Heraus mit der Sprache, wie meinst du das?“

„Mein Gott, wir alle wissen, daß deine Frau ein Verhältnis mit dem Rechtsanwalt Giesbert hat. Sie geht ja immer zu ihm in die Wohnung. Und dann hat sie da so 'nen Reifebeutel, der sie nachmittags immer besucht, wenn er in die Stadt kommt. Und bloß du sollst das nicht wissen? Mit dem Rechtsanwalt geht sie sogar ins Varieteel, aufgedonnert wie 'ne Prinzessin.“

„Und zu mir sagt sie, sie ginge mit einer Freundin.“

„Ne schöne Freundin! Bahal! Aber daß dir nie was aufgefallen ist! So 'n Mensch ist mir wahrhaftig noch nicht vorgekommen.“

Peter schweig. War er denn wirklich der blinde Tor? Er hatte sich einschließen lassen von dem erbärmlichen Behagen zu zwei. Welcher Abgrund tat sich vor ihm auf! Und mit diesem Weibe hatte er zusammengelebt, war in letzter Zeit ganz zufrieden gewesen. Ihn elstete. Reinklichkeit wollte er um sich haben. Er härmte heim. Da war sie ja wieder, die „Freundin“. Mit prüffähigen Augen lächelte sie ihn an. „Nun Herr Schaller, ich will Ihr Brauchern bighen mit rausnehmen. Sie haben doch nichts dagegen?“

Peter hand noch immer. Stumm wanderten seine Augen von der einen zur andern.

„Was hast denn, Peter?“ fragte Rene schmeichelnd.

Er schüttelte sie ab, dann wandte er sich an die andre. „Naus“ sagte er lakonisch und deutete auf die Tür.

„Aber Herr Schaller —“

„Naus, sage ich!“ schrie er. „Oder soll ich deutlicher werden? Sie elende Kupplerin, wollen Sie warten, bis ich Sie die Treppe hinunterwerfe?“

Die statliche Dame verlor sichtlich ihre Würde und rettelte zur Tür.

„Um Gottes willen, er ist verrückt geworden!“ freischte sie. „Herzchen, wenn er dir was tun will, du weißt ja, wo ich wohne.“ Sie zwinkerte Rene listig zu.

Deren Augen irrten unruhig umher. Ihre Finger zerrten an ihrem Kleide. Jetzt kam sie an die Reihe.

„Habe ich dir deinen Spaß verborben?“ fragte er höhnisch. „Mußt schon ein andermal mit deinem Rechtsanwalt ausgehen. Jetzt wirst du deine Sachen zusammenpacken, den Kram nimmst du mit“ und er warf die Rippesäckelchen von dem kleinen Tischchen, daß sie zerbrachen. „Auch den Teppich, überhaupt alles, was du gekauft hast. Ich will von dir nichts mehr im Hause haben. Dann mach, daß du fortkommst.“

„Jetzt, am Abend, mit dem Bündel unterm Arm? Du bist wohl nicht mehr ganz richtig? Vielleicht darf man fragen, weshalb?“

Diese Sprache reizte ihn aufs höchste. „Du fragst noch, du mit deinen zwei Liebsten, du Hure du!“ „So, und wer hat mich zur Hure gemacht? Niemand anders wie du! Denkt vielleicht, es ist angenehm, neben einem knurrigen Mannsbild zu hausen, das einem nie ein freundliches Wort gönnt? Das einen immer allein schlaßen läßt, bei den Büchern sitzt und, wenn er mal den Mund aufst, häßliches Zeug ausliest? Meinst du, ich hätte kein Gefühl? Ich habe es mit allem versucht, war freundlich und liebevoll. Dann wurde ich auch bißig, bis ich den andern kennenlernte. Da hatte ich dann doch wenigstens was vom Leben. Und nun kommst du her und reizt den Mund auf und spielt den Gebräuteten.“ Es war eine gewisse Wahrheit in ihren Worten. Peter fühlte das und ging wortlos wieder hinaus.

Draußen fiel ihm ein, daß ja heute Donnerstag war, der Tag, an dem er den Redakteur Reinhardt treffen konnte.

Er hatte ihn schon einige lange Wochen nicht gesehen.

Hans Reinhardt lag an seinem gewohnten Platz. Es waren nicht viel Leute im Zimmer anwesend. Weit offen standen die Fenster. Man hörte das Plätschern des Marktdrinnens und von irgendwo drachte der Abendwind ein paar Handvoll Dufft und warf sie herein.

„Gut, daß Sie kommen.“ sagte Hans Reinhardt. „Sie haben lang lange nicht sehen lassen. Waren Sie heute nicht gekommen, so hätte ich Ihnen geschrieben. Am Montag geht's nach Berlin.“

„Sie wollen fort von hier? Doch nicht etwa für immer?“

„Ja, lieber Schaller, man muß halt dahin, wo man gebraucht wird. Und wo man seine Fähigkeiten besser entfalten kann.“

„Ja, das habe ich auch geglaubt. Und darum kam ich hierher. Und nun — ist doch alles wieder beim alten.“

„Da erzählen Sie das?“

Da erzählte Peter Schaller alles. Von seiner Liebe zu Fanny, dem Aufschwung, den sein ganzes Leben durch diese Liebe nahm, ihr Abdrücken von ihm, die müde Gleichgültigkeit, in die er geraten und nun das allerneueste Erlebnis mit Rene.

Hans Reinhardt nicht vor sich hin. „S'ist vielleicht gut, daß es so gekommen ist. Sie lassen sich natürlich recht von Ihrer Frau scheiden. Am besten wäre es, Sie kämen mit mir nach Berlin. Arbeit finden Sie dort genau so gut wie hier. Und wenn das nicht gleich der Fall sein sollte — solange kann ich Ihnen schon unter die Arme greifen. Neue Eindrücke — Reisen — eine bessere Medizin könnte es für Sie gar nicht geben. Sie hält ja hier nichts zurück.“

Verträumt blinnte Peter zum Fenster hinaus auf die Häuser am Markt. Sag ja, Peter! Geh mit dem Freund.

Doch er schüttelte den Kopf. „Sie meinen es gut mit mir, und dafür danke ich Ihnen. Es gibt so wenig Menschen, die es gut mit mir meinen. Aber mitkommen? — Nein! Ich mag nicht fort von hier. Jetzt nicht. Vielleicht später.“

„Später? Vielleicht ist's dann zu spät. Ich habe ordentlich Angst um Sie. Kann mir ja denken, was Sie hier zurückhält. Das Mädchel spukt Ihnen noch im Kopfe herum. Aber geben Sie es auf. Seien Sie froh, daß Sie von Ihrer Frau noch so davontommen. Nur nicht sich gleich wieder in ein neues Gefängnis klügeln. Erst mal sich in der Welt umschauen, frei und unbeschwert, das ganze Erdgerüst ins Wasser geworfen und von vorn angefangen.“

Aber Peter schüttelte den Kopf.

„Na, ich seh' schon, mit Verliebten kann man nicht reden. Ich geh's auf. Aber ich werde Ihnen von Berlin aus meine Adresse schreiben. Geben Sie mir ab und zu Nachricht über Ihr Ergehen und wenn's Ihnen hier zu dumm wird, dann kommen Sie nach Berlin.“

Hans Reinhardt war gegangen. Noch lange sah Peter und stierte in sein Glas. Der Wirt gähnte und räusperte sich, nickte ein, fuhr wieder auf und warf strafende Blicke auf den schaffigen Gast, der noch immer vor seinem abgetandenen Biere lag. Bis er den Erschrockenen ersuchte, sich zu trocken.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Altes Theater. (Spiegelmenich.) Am Sonnabend gab es im Theater an der Richard-Wagner-Strasse ein kleines Gesicht zwischen zwei Literaturrichtungen. In den lauten Beifall, mit dem die magische Triologie Franz Werfels aufgenommen wurde, mischten sich einige ansondere schrille Pfiffe. Es waren vermutlich vereinzelte Vertreter des Expressionismus, die gegen die Fahnenflucht eines Führers ihres Logers, „flammenden Protest“ erhoben. Denn Franz Werfel hat seinen Sturm und Drang überwinden und biegt in alte Bahnen; er glättet Form und Sprache, lehnt den Reim wieder ein und tut gestützt akademisch.

Die literarischen Moberchtungen und ihre Träger sind schnelllebzig und dünn und kurz die Wurzeln, die sie treiben. Man wird des wieder einmal deutlich inne bei diesem Gesichtchen, diesem Protest der Vereinsleute. Mühl und fremd schaut man ihm zu. Was ist uns der Expressionismus! Wo ist das Kunstwerk, das ihn beglückt? Wo der Wein, der aus diesem wild genug äurenden Most gezeugt wurde? Die revolutionäre Dichtung, die Kunstform der Revolution? Wir haben gesehen, daß sich diese Form mit arg überständigen Inhalt verträgt.

Aber deswegen erwärmen wir nicht, wenn wir Werfel nun mit Goethechem Spiegel und in faullicher Sprache das Ich bespiegeln sehen. Die Dichtung, die das Leben unserer Zeit ist, in der das Blut der Menschen von heute pulst, die gibt er nicht. Wir suchen sie vergebens. Ein Zeitstück soll diese Dichtung sein? Weils sie einige nicht über geführte Hiebe auf Literatur-Gedentum und dergleichen Zeiterfcheinungen enthält, weil ein paar bißige Bemerkungen abfallen, die den Werger des Intellektuellen zeigen, der seine Zeit nicht mehr versteht, da sie dem organisierten Handarbeiter unter Umständen — sehr unter Umständen — vielleicht einmal erlaubt, lobtel oder mehr an Eintommen zu erkämpfen, als der „verarmte Mittelstand“ hat? So billig macht man keine Zeitstücke. Reim, dieses Werk ist nur insoweit zeitlich, als es eine Flucht aus der Zeit ist. Eine Flucht ins Kloster, eine Flucht in das Ich. Während die Zeit das Wir fordert, die Organisation der Massen, für die Werfel nur eine abschägige Randbemerkung hat.

So viel über das Zeitstück. Daß der Lyriker Werfel dramatischen Kern hat, daß er den Effekt zu gestalten weiß, zeigt sein Werk. Es hat die alte Idee der Prüfung, der Läuterung durch die Lebensfahrt und die andere der beiden feindlichen Ich, die in der Seele des Menschen kämpfen, neu geformt und vergoldet. Schöne Verse, große Gedanken, bunte Scene — fehlt nur das eine, der letzte hinreichende Schwung, der uns mitnimmt und uns sagt, daß dieses Werk geschrieben werden mußte, daß diese Reuformung alter Ideen ein Neues ist, etwas, das selbte, das noch nicht war.

Kronacher und sein Ensemble haben Ehre eingelegt. Uebertragend stand Schindlers Spiegelmenich im Mittelpunkt, eine geistige Fortzuegung seines mit aller schweißigen Säure der Hölle geärrteten Mephisto. Duk Mitschul hat es sänger neben ihm, — sein Thamaal zeigt ehrliche, eindringende Arbeit.

Fritz Reiff, Lothar Körner, Wilhelm Walter, Hans Jelle-Gött und Margarete Anton folgten sich gut zum bunten Spiel. Mehr dekorativ, als feinsichtig ist die Ausstattung. H. B.

Ernst Friedrich wurde Donnerstagabend durch den Rat der Stadt Leipzig beehrt, daß die Verbreitung antimilitaristischer Ideen nicht in das Gebiet der Bildung und Erziehung falle; die Erlaubnis für seine Regitationen in der Frauenhochschule wurde zurückgegeben und die bereits verammelten Kartentischhaber mußten nach dem August-Schmidt-Haus überfiedeln. Der Beginn verfloß sich deshalb auf 8 Uhr.

Ein Unglück kommt selten allein: Friedrich war schlecht disponiert, übermäßig und verstimmt durch den Lokalwechsel, das dauernde Türrentappen und die fortgehende Unruhe.

Er brachte antimilitaristische Dichtung verschiedenster Art, vom Tsoktischen Zwielgespräch mit dem Bauern bis zum Expressionismus, ganz moderne Sachen mitunter von gänzlich unbekannten Leuten. Gelächert gewöhnt waren die Vorlesungen aus den Schriften einiger Kriegsheker, u. a. Walter Blümm, die recht gut wirkten.

Zum großen Teil zerfährte aber Friedrich die Wirkungen durch sein nachlässiges Wesen, durch seine mitleidende und unwillige Ausdrucksweise am Ende einer jeden Regitation. Das darf nicht wieder vorkommen, er muß sich mehr in Zucht nehmen, nicht nur in seinen Darbietungen bei der Sache sein, sondern auch in den Einleitungsworten und beim verbindenden Text entschieden aufzutreten. So eindrucksvoll und markant die Sachen von ihm vorgebracht wurden, so sehr wurde der Erfolg zerföhrt, weil jedermann einen großen Unterschied zwischen tief miterlebendem Regitator und dem vollkommen anders aussehenden Menschen Friedrich in den Augen konstatieren mußte. Zu seinem dritten Abend in Leipzig wünschen wir ihm recht gutes Gelingen, es liegt in seinem Hand, solches herbeizuföhren.

Einige Bilder und Photographien hatte man ausgestellt; die Zeichnungen waren durchaus kitschig, im Stimpfästusstil gehalten, die Photographien verleser und amputierter Kriegsteilnehmer sind ein viel besseres Agitationsmaterial als diese Zerbilder, die oft mehr komisch als tragisch wirken.

K. W. Sch.

Wünsch's Marionetten-Theater (Pfassendorfer Straße). Ein Märchenpiel mit dem Motto Ende gut, alles gut, war die Vorföhren der letzten Tage. Ein armer Geiger, der unvermutet durch die Hilfe eines Zwerggoldes über Nacht ein reicher Mann wird und nun seine Liebste endlich heiraten kann. Das ist kurz umrissen, der Stoff, der geschmackvoll nach einer alten tschischen Volks-

lage bearbeitet, zur Aufführung gelangte. Bei der meisterhaften Technik, die Familie Wunsch in der Handhabung der 50—60 Zentimeter großen Puppen besitzt, verhält der Zuschauer oft, daß er nur tote Marionetten vor sich hat, er glaubt lebhaftige Menschen aus Fleisch und Blut vor sich zu sehen. Ein sonniger, manchmal sogar etwas sehr großer Humor reizt oft alle Hörer zum Lachen, sogar alte, graue Leute können dem nicht entgehen und so weiß Direktor Wunsch während der ganzen Vorstellung die Zuschauer auf die Bühne zu konzentrieren. Die tragisch sein sollenden Stellen misstraten jedoch fast immer; es liegt das vor allem an der stets komischen Bewegung der Marionette, so geschickt sie auch dirigiert werden mag; man sollte solche kritischen Stellen besser nach Möglichkeit vermeiden. Diese Woche vom 18.—23. Oktober kommt ein Schwan: „Prinz Methusalem“ zur Aufföhren; die Nachmittagsvorstellung bringt wieder ein Märchenpiel „Der starke Kaspar“; über beide Stücke werden wir an dieser Stelle noch berichten.

Städtische Theater. Die Erstaufföhren von Franz Schreckers Oper Der Schachmatt ist, wie bereits mitgeteilt wurde, für Sonntag, den 23. Oktober, bei aufgehobenem Anrecht festgesetzt. Der Komponist ist bereits hier eingetroffen, um den in vollem Gange befindlichen Proben beizuwohnen. Ebenso wird er zur Erstaufföhren anwesend sein. In den Hauptpartien sind beschäftigt: Alice Sanden (Els), Hans Lijmann (Hans), Rudolf Jäger (Herr).

Am Operntheater gelangt Sonnabend, den 22. Oktober, die Neuheit Auf Föheln des Gesanges, Einspiel in 3 Akten von Franz Puchner, Musik von Hort Blaten, zur Erstaufföhren. Belegt sind die Hauptrollen mit Ernst Babelow (Der König), Rudolf Ander (Erzengel von Lindenu), Walter Grabe (Felix Mendelssohn), Rudi Gialler (Karl Reuber), Hans Hoff (Sir William), Wilhelm Engst vom Städtischen Schauspiel (Pohlen), Joseph Trautmann (Pechold), Margarete Köhner (Henriette), Charlotte Wolfand (Cecille), Frida Reith (Christine), Emma Kawara (Flora). Sämtliche Leitung: Hugo Steinherr, musikalische Leitung: Otto Hindelsen. Die erste Wiederholung findet Sonntag, den 23. Oktober, statt. Anfang der beiden Vorstellungen 7½ Uhr.

Neues Operntheater. Im Zigeunerbaron von Johann Strauß, der in neuer Einstudierung immer wieder für die alte Operntkunst einnimmt, sind einige Rollen neu besetzt. Einen prächtigen Schweinezüchter Juan stellt Hugo Steinherr hin. Beweglichkeit und charakteristische Gestaltung, die seinem Spiel eigen sind, treffen die Figur eines reichen Ungarn auszeichnet, daneben ist auch sein Gesang weit durchgeföhrt und gepflegter, als man das sonst von den komischen Figuren der Operette gewöhnt ist. Vor allem bei dieser Operette, die noch unbestreitbar musikalische Reize hat, fällt das angenehme auf Hermann Engemanns Graf Homonay blieb etwas steif und war nicht plastisch genug durchgeföhrt. Im allgemeinen scheint aber Johann Strauß auch die Darsteller immer wieder mit Begeisterung und Frische zu laben.

Schauspielhaus. In Goethes „Faust“ am Dienstag spielt den Faust als Gast auf Anstellung Joseph Krahe vom Landestheater in Altenburg, den Mephisto zum ersten Male Arthur Rißcher, Streilmann, das Gretchen Gertrude Langfelder, die Martha Schürstlein Stella David. — Carl Sternheim's bürgerliches Lustspiel „Die Hölle“, das am Freitag zur Erstaufföhren kommt, wird gespielt von Otto Wörther (Maste), Otto Stoedel (Scarron), Bernhard Widenhain (Mandelstam), Stella David (Gertrud Deuter), Grete Doerpeluss (Luise Maste). Regie: Robert Riß. Bühnenbilder: Franz Rißche.

Der Sängerkhor Prehnitz-Bad (M. d. U. S.), Leusch, verländerie Rißchel- und Grenzstraße (Berzinshaus), veranstaltet am Dienstag, dem 18. November, sechs volkstümliche Vorträge zur Einführung in die Tonkunst, darauf wird besonders die Genossen des Westens hierdurch aufmerksam machen.

Leipziger Kunstverein. Die neue Ausstellungsperiode wird am Sonntag mit einer Kollektion nordwestdeutscher Künstler eröffnet. Es sind u. a. Graf Leopold v. Kaldreuth, Ludwig Detmann, Heinrich Wopler, Madensen und Burmeister mit einer Anzahl Werke vertreten.

Mit dem 1. Oktober begann der Kunstverein sein 84. Gedenkjahr. Mitgliedsbeitrag jährlich 20 M. Anmeldung zur Mitgliedschaft im Museum der bildenden Künste.

Im Dezember d. J. findet eine Verlosung von Kunstwerken statt, an der alle am Tage der Verlosung dem Verein angehörenden Mitglieder Teil haben.

Wochenplan.

Neues Theater. Montag, 7 Uhr: Der Trompeter von Säckingen. Dienstag, 7 Uhr: Das Glöckchen des Eremiten. Mittwoch, 7 Uhr: Salome. Donnerstag, 7 Uhr: Der Freischütz (Arbeiterbildungsinstitut). Freitag, 7 Uhr: Der Freischütz. Sonnabend, 7 Uhr: Indine. Sonntag, 7½ Uhr: Der Schachgraber (zum ersten Male).

Altes Theater. Montag, 7½ Uhr: Die Stärkere, Der Schachgraber, Der Wirt. Dienstag, 7½ Uhr: Spiegelmenich. Mittwoch, 8 Uhr: Faust (Arbeiterbildungsinstitut). Donnerstag, 7½ Uhr: Der Zigeunerbaron. Freitag, 7½ Uhr: Die tschische Nachtpall. Sonnabend, 7½ Uhr: Auf Föheln des Gesanges (zum ersten Male). Sonntag, 8 Uhr: Die Föhlingssee (Verlinsvorstellung). 7½ Uhr: Spiegelmenich.

Neues Operntheater. Montag, 7½ Uhr: Sol mich der Teufel (Verlinsvorstellung). Dienstag, 7½ Uhr: Die Föhlingssee. Mittwoch, 7½ Uhr: Das Hollandweibchen. Donnerstag, 7½ Uhr: Der Zigeunerbaron. Freitag, 7½ Uhr: Die tschische Nachtpall. Sonnabend, 7½ Uhr: Auf Föheln des Gesanges (zum ersten Male). Sonntag, 8 Uhr: Die Föhlingssee (Verlinsvorstellung). 7½ Uhr: Auf Föheln des Gesanges.

Leipziger Schauspielhaus. Montag, 7½ Uhr: Wie es Euch gefällt. Dienstag, 7½ Uhr: Faust. Mittwoch, 7½ Uhr: Wie es Euch gefällt. Donnerstag, 7½ Uhr: Fortunatus Bis, Freund Heißpörn. Freitag, 7½ Uhr: Die Hölle (Erstaufföhren, bürgerliches Lustspiel von Karl Sternheim). Sonnabend, 7½ Uhr: Wetterleuchten. Sonntag, 7½ Uhr: Die Hochzeitsreise, Die Dienstboten (Einheitspreise). 7½ Uhr: Wie es Euch gefällt. Montag, 7½ Uhr: Fortunatus Bis, Freund Heißpörn. Dienstag, 7½ Uhr: Die Hölle.

Kleines Theater. Montag bis Mittwoch, täglich 8 Uhr: Familie Schmelz (Gastspiel Max Ballenberg). Donnerstag, 8 Uhr: Der Geizige (Erstaufföhren, Gastspiel Max Ballenberg). Freitag 8 Uhr: Familie Schmelz (Gastspiel Max Ballenberg). Sonnabend, 8 Uhr: Der Geizige (Gastspiel Max Ballenberg). Sonntag, 7½ Uhr: Morgenster Rabindranath Tagore; Clitra (ermäßigter Preise), 8 Uhr: Lehtes Gastspiel Max Ballenberg; Familie Schmelz. Montag, Dienstag, 8 Uhr: Reigen.

Leipziger Puppenspiele. Montag geschlossen. Dienstag 5 Uhr: Der starke Kaspar; 8 Uhr: Prinz Methusalem. Mittwoch 5 Uhr: Der starke Kaspar; 8 Uhr: Prinz Methusalem. Donnerstag bis Sonnabend 5 Uhr: Der starke Kaspar; 8 Uhr: Prinz Methusalem. Sonntag, 5 Uhr: Der starke Kaspar; 8 Uhr: Prinz Methusalem.

Sächsische Angelegenheiten. Sächsische Landeskonferenz für das Gesundheitswesen.

Die Reichsleitung für das Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter hielt am Sonntagvormittag ihre erste Landeskonferenz für den Freistaat Sachsen ab.

Die Konferenz war besetzt mit 50 Teilnehmern aus allen Teilen Sachsens. Weiter waren anwesend: ein Vertreter des sächsischen Ministeriums des Innern, der Stadt Leipzig, der Leiter der Landesanstalt Döben und der Leiter der Frauenklinik.

Die Tagesordnung umfaßt u. a. ein Referat des Genossen Dr. Popitz über die Ethik in der Krankenpflege, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Am zweiten Punkt der Tagesordnung beleuchtete der Kollege Salomon-Leipzig den Stand der Ausbildungsfrage im Reich und in Sachsen. Als Quintessenz seiner Ausführungen legte er nachstehende Entschlüsse vor, die einstimmig angenommen wurden:

Die vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gau Sachsen, am 9. Oktober einberufene und im Volkshaus zu Leipzig tagende Landeskonferenz für das Gesundheitswesen, in der alle größeren Krank-, Heil- und Pflegeanstalten Sachsens vertreten sind, beschließt:

Die Ausbildung des Krankenpflegepersonals muß reorganisiert und auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Um dies zu erreichen, wird gefordert:

- 1. Die Vermehrung der Ausbildungsmöglichkeiten für das Pflegepersonal durch Neuerrichtung von staatlichen - oder staatlich anerkannten Krankenpflegeschulen.
2. Die zwingende Vorkehrung für alle in der Krankenpflege, im Bade- und Massagenwesen und in der Desinfektion tätigen Personen zur Teilnahme am Unterricht und Ablegung der Prüfung.
3. Nach einem noch festzulegenden Zeitpunkt darf ungeprüft Personal (außer dem in der Ausbildung befindlichen) in der öffentlichen Krankenpflege nicht mehr beschäftigt werden.
4. Es sind Uebergangsbestimmungen zu erlassen, die es dem schon jahrelang tätigen Krankenpflegepersonal erleichtern, die staatliche Anerkennung zu erwerben, bezw. ohne Ablegung einer Prüfung zu erlangen.
5. Der Lehrgang muß für weibliche und männliche Pflegepersonen der gleiche sein. Er ist für beide Gruppen gemeinsam zu erteilen.
6. Für das staatlich anerkannte Pflegepersonal muß die Verpflichtung bestehen, sich in Fortbildungskursen weiter zu schulen. In den noch einzuführenden Fortbildungskursen ist der jeweilige Stand der Wissenschaft in der Krankenpflege zu berücksichtigen.
7. Die Konferenz erwartet vom sächsischen Ministerium des Innern, daß es baldmöglichst die Regelung vorgenannter Forderungen, im Sinne der am 1. September 1921 in Kraft getretenen und im hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 104/1921 veröffentlichten Vorschriften über die Ausbildung und Prüfung von Pflegepersonen, sowie im Sinne der Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministeriums vom Juli 1921, zur Durchführung bringt.
8. Die Verammelten protestieren auf das allerentschiedenste gegen die Entziehung des Pflegepersonals durch das geplante Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit und verlangen nach wie vor, daß die Arbeitszeit des Pflegepersonals nicht über 48 Stunden wöchentlich ausgedehnt wird.

Die Landeskonferenz fordert das gesamte im Gesundheitswesen tätige Personal auf, sich reiflos der Reichsleitung Gesundheitswesen im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzuschließen. Nur durch diese maßvolle, freigewerkschaftliche Organisation und die Mitarbeit aller wird es möglich sein, die zur Hebung unseres Berufs notwendigen Forderungen zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Delegierten geloben, im ganzen Lande in diesem Sinne zu wirken!

Der Regierungserzreiter sicherte wohlwollende Berücksichtigung der Wünsche an, soweit keine reichsrechtlichen Vorschriften im Wege stünden und soweit die Regierung dazu überhaupt in der Lage sei.

Am dritten Tagesordnungspunkt wurde noch die Kost-, Wohnungs- und Bekleidungsfrage vom Kollegen Mendel-Dresden besprochen. Daraus schloß sich eine lebhafte Aussprache.

Nach einigen internen Mitteilungen und einigen anfeuernden Schlussworten fand die Konferenz ihr Ende.

Der Hanfband als Zuträger für die Reaktion.

Der Hanfband, und namentlich der Landesverband Sachsen, der schon seit längerer Zeit ein Sammelbecken für alle reaktionären Strömungen ist, hat sich in einer am 11. Oktober in Dresden abgehaltenen Vorstandssitzung u. a. auch mit den sächsischen Gemeindeführern besetzt. Es wurde darauf hingewiesen, daß eine Propaganda für die länderlose Beteiligung aller nichtsozialistischen Bevölkerungsteile eine dringende Notwendigkeit sei.

Durch diesen Schwundel wird selbst die Taktik des ehemaligen Reichsleiters noch überboten. Für wie dumm muß denn diese Gesellschaft die Beamten und Lehrer halten? Glauben die Herren denn, die Lehrer und Beamten hätten vergessen, wie sie ehemals unter dem Regime der reaktionären bürgerlichen Parteien gefürchtet und gebührend worden sind? Hält man sie für so klumpfüßig, daß sie den Unterschied zwischen ihrer unwürdigen Stellung im alten Staat und der wirtschaftlichen und politischen freien Betätigung, die ihnen heute gesichert ist, nicht feststellen können? Auch der Schwundel von der Gefährdung der Pensionen lehnt nicht. Keiner der Linksparteien ist es eingefallen, an den Pensionen der Beamten zu rütteln. Im Gegenteil: Gerade die Sozialdemokratie hat sich jederzeit für auskömmliche Ruhegehälter eingesetzt, wobei sie fortgesetzt gegen die Knickigkeit und Knauererei der bürgerlichen Parteien ankämpften mußte. Die Beamten und Lehrer werden gut tun, wenn sie es recht deutlich ablesen, sich von den Konterrevolutionären politisch mißbrauchen zu lassen.

Mängel in der sächsischen Forstwirtschaft?

Auf der Hauptversammlung des Vereins mittlerer Staatsforstbeamten Sachsens, die am 22. September in Chemnitz stattfand, wurde u. a. über Mängel in der sächsischen Forstwirtschaft berichtet.

Fürster Renger führte aus, daß vor allem die sächsischen Staatsforstreviere viel zu klein seien und die Arbeitskraft der Beamten nicht voll ausgenutzt würde. Die vom Ministerium angelegte Denkschrift über die geplante Organisationsänderung sei noch immer nicht erschienen. Die Fürster mühten sich auf den Standpunkt ihrer vom Landtag zum größten Teil als richtig anerkannten und gebilligten Denkschrift vom 5. Mai 1919 stellen und Zusammenlegung der Reviere zu größeren Verwaltungseinheiten mit akademisch gebildeten Verwaltungsbeamten als Verwalter, Betriebsbeamte (Fürster) für die Revierbeiräte, und Forstwaranten als Schutz- und Hilfsbeamte fordern. Kleinere, abgelegene Reviere seien als Beförderungsposten Revierförstern zu übertragen.

Fürster Weigel berichtete in demselben Sinne. Der Sandfuß des Vereins, Rechtsanwalt Linke, legte in längerer Rede dar, daß der berechtigten Forderung eines Hilfsreferenten im Finanzministerium zur Vertretung der Interessen der Fürster noch immer nicht entsprochen sei, während vier akademisch gebildete Referenten dort tätig seien, und daß als Vorbildung der Fürster der Abschluß einer sechsmonatigen Mittelschule gefordert werden müsse, um ihre Kraft voll auszunutzen, anstatt sie, wie dies die Regierung anscheinend tue, auf den Aussterbetag zu legen.

Durch alle Reden zog sich wie ein roter Faden die Forderung nach Vergrößerung der Reviere und Hebung der Vorbildung hin.

Es wird Aufgabe des Landtages sein, diese Angaben nachzuprüfen, um so mehr, da die Forsten nach dem Verlust der Eisenbahnen einen der wichtigsten Stützposten im Staatshaushalt darstellen.

Tagung der Bezirkschulräte Sachsens.

Die dieser Tage in Dresden unter Vorsitz des Kultusministers Genossen Fleißner stattgefundene Tagung der Bezirkschulräte stellte nach einem Referat von Dr. Weinholt Richtlinien für den Lehrplan der Grundschule auf. Danach bilden die Jahrgänge 1-4 die Grundschule, deren Aufgabe keine andere ist, als die der Volksschule. Wichtig ist, daß das Lehrgut nicht nach Unterrichtsgegenständen getrennt und an die Stundenfolge gebunden, behandelt werden muß. Trägerin des Gesamtunterrichts ist die Heimat- und Endziele.

Ueber die Fortbildung der Schulamtsanwälte und Gestaltung der Wahlfähigkeitsprüfung referierte Mobitz. Diese Frage ist ein Teil der Lehrerbildung überhaupt. Jetzt kann es sich nur um Maßnahmen für eine Uebergangszeit handeln. Hauptaufgabe ist praktische Ausbildung, nicht bloß die der Fortbildung dienenden Einrichtungen auf eine Prüfung, sondern auf Tätigkeit im Lehrerberufe zugeschnitten sein. Zu dem Zwecke sind in jedem Aufzugsbezirk Arbeitsgemeinschaften zu bilden, die unter Leitung eines von den Junglehrern als Vertrauensmann gewählten Leiters aller drei Wochen zu Halbtagsstunden zusammenzutreten und pädagogische Stoffe bearbeiten. Der Staat gewährt den Betratern eine Abminderung von wöchentlich vier Stunden und kommt auf für Tagelohn und Reisekosten der Teilnehmer. Den breitesten Raum nahm die von Dr. Jersch behandelte Frage des neuen Lehrstoffes für Volks- und Fortbildungsschulen ein. Die Lehrbücher sind nicht mehr zeitgemäß. Aber auch ein zeitgemäßes Lehrbuch wird kein vollkommenes sein. In der Arbeitsschule ist das Lehrbuch darum durch andere Stoffe zu ersetzen. Die Kinder sind an die Quellen geeigneter Dichtung heranzuführen. Die Abschaffung des Lehrbuches kann indes aus wirtschaftlichen und schulpädagogischen Gründen nur allmählich erfolgen. In zweifelhafte Schulen ist es vorläufig auf allen Stufen beizubehalten. Auf der Oberstufe gegliederte Schulen und in Fortbildungsschulen kann an Stelle des Lehrbuches neuer Stoff treten, in letzterem können u. a. auch gut geleitete Zeitschriften und Tageszeitungen verwendet werden. Unzeitgemäße Lehrbücher sind zeitgemäß umzugestalten. Auch die Bücherpreise sind entsprechend umzuändern, in den Haushaltpänen sind Mittel dafür einzustellen.

Die größte Zustimmung fanden die Wünsche zum Lehrplan der Grundschule, eine grundsätzliche Gegnerchaft wurde nicht laut. Die anwesenden Volksschullehrer waren über die Richtlinien sehr erfreut. Nicht ganz so allgemein stimmte man den Vorschlägen über Lehrbuch und Lehrstoff zu. Einigen Widerspruch gab es bei dem Thema Junglehrerfortbildung und Wahlfähigkeitsprüfung. Er ging von einigen Bezirkschulräten und einigen Vertretern der Seminare aus, die mit der vom Vortragenden an der Einrichtung und Arbeit der Seminare geübten Kritik nicht einverstanden waren. Einig war man sich darüber, daß den jungen Lehrern ein größeres Maß von Mitbestimmungsrecht einzuräumen ist, sowohl bei der Organisation als bei der Arbeit selbst, und daß hier die praktische Fortbildung Hauptaufgabe sein soll. Man war sich darüber einig, daß die praktische Prüfung bei der Wahlfähigkeitsprüfung von den Seminaren weg in die Klasse des jungen Lehrers zu legen ist. Geteilt war die Meinung darüber, ob Arbeitsgemeinschaften in den vorgeschlagenen oder auch in einer anderen Form eingerichtet werden oder ob Hilfslehrerkonferenzen mehr oder weniger wie bisher bestehen bleiben sollen.

Im übrigen traten bei diesem Punkte, was auch Genosse Fleißner, einleitend ausgebrütet hatte, die zwei Gruppen, die sich wie überall, so auch unter den Bezirkschulräten scharf abzeichnen, nämlich deutlich hervor: alte und neue Verhältnisse. Nach den Ausführungen des Genossen Fleißner haben sich die Schulverhältnisse im Lande gebessert. Schlimm steht es mit dem Schulraum, namentlich auf dem Lande. Es steht nur eine Million für Neu- und Umbauen von Schulhäusern zur Verfügung. Ueber den Gesundheitszustand der Kinder wird geflagt. Zu erwägen sind weitere Schulpeinungen durch die Gemeinden. Bei sportlicher Betätigung zeigen sich vielfach Uebertreibungen. Ueber die Tätigkeit der Elternräte laufen verschiedenartige Urteile ein. Es ist ein Uebelstand, daß sie nach politischen Gesichtspunkten gewählt worden sind. Schulstreiks sind zu verhindern. In der Unangeleglichkeit der Kernmittel wird schriftlich vorgeschlagen. Die Lehrpläne sind durchaus veraltet. Ueber die Verhältnisse in den Landsschulen wird viel geflagt. Auf dem Gebiete der Fortbildungsschule geht es langsam vorwärts, Verbandsbildungen sind noch in den Anfängen. Es darf, namentlich bei Anstellungen, das Recht des Lehrers auf Ablehnung des Religionsunterrichts nicht angetastet werden. Die Selbstverwaltung ist nicht zu beeinträchtigen, besonders gilt dies von den Bezirkslehreranstalten. Vom 1. Januar 1922 ab werden die Gemeinden die Lehrergehälter wieder ausahlen. Damit ist aber nichts an dem Prinzip anberührt, daß der Staat die Gehälter ausbringt. Die Zentralisation macht sich nur durch die fortgesetzten Änderungen in den Besalgen notwendig. Das neue Schulstellengesetz wird endgültig die Uebernahme der persönlichen Schullasten auf den Staat bringen.

Uebertragung von Geschlechtskrankheiten in Kinderanstalten?

Mit einer aufsehenerregenden Angelegenheit hatten sich die Dresdner Stadtverordneten zu beschäftigen. Ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag erforderte den Rat um Ausweg darüber, inwieweit in den städtischen Kinderanstalten in Vorstadt-Trachenberge Vorbeugungsmaßnahmen getroffen sind, um die Uebertragung von Geschlechtskrankheiten zu verhindern, und ob Anstellungen dort untergebrachter Kinder, insbesondere auf Geschlechtskrankheiten, in letzter Zeit vorgekommen sind, und ob in diesen Fällen die Ursachen der Ansteckung festzustellen sind. Aus der Antwort der Frau Stadtrat Gradnauer ging hervor, daß die Kreisgesundheitsverwaltung der Geschlechtskrankheiten im Volke die Anstalten nicht unbefähigt gelassen hat. Während vor dem Kriege Ansteckungen an Geschlechtskrankheiten nicht festgestellt worden seien, wäre dies während des Krieges und auch nachher der Fall gewesen. Bei den Mädchen seien die Ansteckungen

sehr häufig, und namentlich nach dem Kriege hätten sich die Fälle vermehrt. Blieben Mädchen bei der ärztlichen Untersuchung als geschlechtskrank befunden, so kämen sie ins Krankenhaus, würden aber von dort als geheilt wieder in die Anstalten entlassen. Das Furchtbare sei, daß nach geraumer Zeit die Krankheit wieder aufträte. Daher würden alle aus dem Krankenhaus kommenden jungen Mädchen isoliert und für sie die strengsten Vorichtsmaßnahmen getroffen. Für sie beständen besondere Alkoholfelds, die Mädchen würden auf die Ansteckungsgefahren aufmerksam gemacht, von der angestellten Krankenschwester in gewissen Zeitraumen untersucht. Die Mädchen würde bei jedem Wechsel durchgelesen. Sobald sich die geringsten Anzeichen abnormer Erkrankung zeigten, würden sie vom Arzt gründlich untersucht und erneut dem Krankenhaus zugeführt. Am schlimmsten sei die Ansteckung bei Vor- und sogar vorkurspflichtigen Kindern. Wenn die Ansteckung vor sich gehe, könne nicht immer festgestellt werden. Die Kinder kämen aus dem Elternhaus, seien dort infiziert, die Krankheit aber noch nicht ausgebrochen. Die Krankheitserscheinungen zeigten sich erst nach Wochen. Bei den kleinen Kindern habe man dadurch vorgebeugt, daß man ihnen geschlossene Hörschen gegeben habe, weil meistens die Ansteckung durch das Hin- und Hertrinken auf den Bänken erfolge. Von den Schulfeldern sei seitdem ein achtjähriges, das im Februar in die Anstalt kam, erkrankt und ins Krankenhaus eingeliefert worden. Die schulpflichtigen Kinder würden bei Krankheitsverdacht ebenso wie die Erwachsenen isoliert und schon vor dem reifen Alter in die Folgen dieser schmerzlichen Zeitkrankheit eingeweiht. Die Rednerin versicherte, daß alles getan werde, was nur möglich sei. Bemerkenswert sei übrigens, daß sich unter den die eigene Anstaltschule besuchenden Kindern noch kein einziger Krankheitsfall ereignet habe. Die Fälle erstreckten sich auf die die Volksschule besuchenden Kinder. Bileicht erfolge dort die Ansteckung, weshalb es zweckmäßig wäre, für eine gründliche Reinigung und Sauberkeit der Schulaborte zu sorgen. Nach ärztlichem Auspruch gehörten die Kinderanstalten in Bezug auf Sauberkeit zu den bestgeleiteten. Daß die Ansteckung in den Anstalten erfolgt sei, könne niemand behaupten.

Bereitete Flucht eines Konzernschwindlers.

Vor einigen Tagen traf der Inhaber einer der vielen zusammengebrochenen Wettkonzerne aus Berlin in Dresden ein, um sich in seinem eigenen Automobil über die sächsisch-böhmische Grenze in Sicherheit zu bringen. In seiner Begleitung befanden sich noch zwei andre Personen, denen ebenfalls der Aufenthalt in der Heimat nicht mehr sicher genug erschienen mochte. Die Flüchtlinge, die sich allem Anschein nach bereits an einem andern Orte verborgen gehalten hatten, befanden sich im Besitz großer Bargeldmittel, die aus den Einzahlungen der geschädigten Wettlustigen herrührten. Mit diesem Gelde suchten sie nun die sächsische Landesgrenze zu erreichen. Hierbei wurden die Schwindler jedoch von ihrem Schicksal ereicht. Von Dresden aus begaben sie sich zunächst nach Zittau und hofften, von dort aus unter dem Schutze der Dunkelheit der Nacht ungemerkt über die Grenze nach der Tschechoslowakei entfliehen zu können. In der Stadt Zittau selbst hielten sie sich nur so lange auf, bis die Dunkelheit heringebröchen war. Zuvor hatten sie sich sehr eilig nach dem Wege, die über die sächsisch-böhmische Grenze führen, erkundigt, und in der letzten Abendstunde wurde die Flucht nach der Tschechoslowakei angetreten. Kurz vor dem Ueberschreiten der Grenze verließen sie in der Dunkelheit den richtigen Weg und gerieten in die unmittelbare Nähe einer sächsischen Zollstation. Ein die Grenze kontrollierender Zollbeamter bemerkte rechtzeitig das abgehende Auto. Auf seinen Anruf mußte der Wagen halten und wurde der nächsten Zollstation angeführt. Eine Untersuchung der Insassen des Autos und eine im Anschluß hieran vorgenommene Durchsuchung des Kraftwagens ergab ein überraschendes Resultat. Man konnte in der Person des Autobeführers einen sächsischen Berliner Wettkonzerninhaber feststellen, in dessen Besitz außer vielen wertvollen Schmuckstücken in barem Gelde gegen 1 1/2 Millionen Mark gefunden wurden. Die Genbarmerrestation wurde benachrichtigt und die Reisenden inhaftiert.

Bürgerliche Sabotage im Gemeindepalament.

Crimmitschau. Die bürgerlichen Stadtverordneten zu Crimmitschau erklärten, daß das Ratkollegium ungeschmacklich zusammengelegt sei und demnach alle Beschlüsse der städtischen Kollegien ungeschicklich sind. Sie lehnen weitere Mitarbeit im Kollegium ab und wollen bis zur Entscheidung durch die Verwaltungsbehörde gegen jede Vorlage stimmen. Von dieser Ablehnung machten sie in der letzten Sitzung ausgiebigen Gebrauch, so daß sämtliche Vorlagen nur von der sozialdemokratischen Mehrheit genehmigt wurden, während die bürgerlichen Stadtverordneten einmütig dagegen stimmten.

Wurzen. Die Stadtverordneten haben nachstehenden Antrag einstimmig angenommen: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Stadtrat, 2000 Zentner Kartoffeln anzukaufen, um bei dringenden Fällen (z. B. starke Familien, alte und kranke Bewohner, Armenempfänger, Sozialrentner usw.) helfen zu können. In ganz großen Notfällen sollen die Kartoffeln, die zentnerweise ausgegeben sind, etwas billiger abgegeben werden. Alle Ausgaben sind von der Stadt zu übernehmen. Im übrigen ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Stadtrat, in nachrücklicher Form bei den Erzeugern vorzuzahlen zu werden, daß der Bedarf an Kartoffeln für die Bevölkerung sichergestellt wird, damit die Erzeugung der Bevölkerung nicht noch größeren Umfang annimmt.

Chemnitz. Die höhere Volksschule führt laut Verordnung des Wirtschaftsministeriums von nun an die Bezeichnung 'Sähere Fachschule für Wirterei- und Strickererei, Industrie zu Chemnitz'. Mit dieser Ueberänderung hat die Schule den Charakter als höhere Textilschule mit besonderem Status erhalten.

Zwickau. Die Stadtverordneten haben die Anstellung eines dritten besoldeten Stadtrates, insbesondere für die Mütter- und Säuglingsberatung, genehmigt. Die Besoldung soll nach Gruppe XI erfolgen. Auch die Anstellung einer dritten Säuglingspflegerin ist bewilligt worden. Mit allen bürgerlichen gegen die sozialdemokratischen Stimmen ist von den Stadtverordneten die Erhöhung der städtischen Grundsteuer von 60 Pfg. auf 1.10 Mk. nach der Ratsvorlage gutgeheißen worden.

Baun. Die Wenden haben in letzter Zeit eine Reihe neuer kultureller Forderungen erhoben, und zwar die Errichtung von rein wendischen Schulen, und zwar Volksschulen wie höhere Schulen (Seminar, Gymnasium, höhere Mädchenschule). Auch die Forderung auf Einstellung wendischer Referenten in die sächsische und preussische Regierung haben sie von neuem erhoben.

Zittau. Die abnorme Witterung, die mit ihren bemerklichen Wärmegraden die ganze Natur irre macht, ruft nicht nur in Gärten und Feldern neues Blüten und Leben hervor, sondern auch in unsern Gestrüppwäldern kommt wieder frisches Grün zum Vorschein. Namentlich ist es das Kraut der Heibelbeere, das selbst in den höheren Lagen neue Triebe angeht hat. Weiße Haseln, die bereits im Juli infolge der großen Hitze braun und verbrannt dalagen, schmücken sich erneut mit den Farben des Frühlings, ein Kolorit, das sich auch sonst an sonnenbeschienenen Hängen zeigt. In festem Gegenlage dazu steht die Fortfärbung der Laubbäume, die neuer wohl auch infolge der außergewöhnlichen Temperaturverhältnisse vielfach wunderbare Nuancen vom schönsten Goldgelb bis zum glühenden Burpurrot aufweist, eine Erscheinung, die auch auf die Obstbäume oft zutrifft.

Gewerkschaftsbewegung.

Reaktionäres von der Reichsregierung.

Getreu dem Vorbilde reaktionärer Unternehmer versucht die Reichsregierung die Rechte der Arbeiter und Beamten zu schmälern. Wer die Bahnverwaltung in den ersten Tagen der Revolution genügt, den Wünschen der Eisenbahnbediensteten sehr weit entgegenzukommen, hat diese seitdem wieder, als das Gefühl der Angst und Befürchtung von den Gemütern der Bediensteten sich, ihre verlorene Vormachtstellung wieder zu gewinnen. Der erste Schritt von Bedeutung in dieser Richtung war die Schließung der Werkstätten. Der Kluge Mann, noch vor den Reichsratswahlen die zielbewusstesten Gewerkschaften aus den Betrieben zu entfernen, ist nicht in vollem Umfange gelungen. Das Reichsratsgesetz hat dann aber den Reaktionären Gelegenheit genug, den verhassten Gewerkschaften das Leben sauer zu machen. Hatte doch das Parlament von Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden das Recht zugesprochen, dieses Gesetz für ihre Zwecke entsprechend zu gestalten.

Die hauptsächlichste Tätigkeit der Reichsbahnverwaltung auf diesem Gebiet bestand darin, die für die Arbeitnehmerschaft gültigen Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes, sowie den inwischen abgeschlossenen Reichslohnvertrag illusorisch zu machen. Ein ganzer Stab von Juristen wurde aufgebolen, um Gesetz und Vertrag für die Arbeiterschaft möglichst nachteilig zu gestalten.

Die von dem Reichsverkehrsministerium als allein verfasste Betriebsratsverordnung brachte eine tatsächliche Rechtslosmachung der Arbeitnehmer als Mitglieder der vertragsschließenden Organisationen und der gesetzlichen Betriebsvertretungen. Mit Scheinheiligkeit wurde den Organisationsvertretern bei allen möglichen Gelegenheiten versichert, daß die Verwaltung bemüht sei, jede Schärfe bei Anwendung der einzelnen Bestimmungen zu vermeiden und allen Wünschen der Arbeitnehmer wohlwollende Beachtung zu schenken. Nichts von alledem wurde gehalten. Zahlreiche Bestimmungen der Direktionen und Verträge beweisen dies. Die in Gohlar gefassten Beschlüsse jenseits dem Ganzen die Krone auf.

Die Arbeitnehmer, namentlich die Schrankenwärter, von denen eine Anzahl Kriegs- oder Unfallbeschädigte sind, wurden gezwungen, bis zu 12 Stunden Dienst zu machen. Dabei ist aber zu beachten, daß für diesen zusätzlichen Dienst nicht etwa volle Bezahlung, die bei der Eisenbahnverwaltung ohnehin miserabel genug ist, geleistet wurde, nein, man zwang die Leute, sich mit achtstündiger Bezahlung abzufinden. So sieht „der Dant des Vaterlandes“ in der Praxis aus. Wo die Betriebsvertretungen der Arbeiterschaft den Bestrebungen der Geheimräte energisch Widerstand entgegensetzten, suchte die Verwaltung sich dieser Gegner zu entledigen. Ein typisches Beispiel dafür bietet die Entlassung der Güterabfertigung Kottbus. Dort verlangte die Verwaltung von der Belegschaft die Ableistung eines Sonntagsdienstes. Die Verwaltung berief dabei ausdrücklich, daß angestante Mengen von Restwagen weitere Arbeitsschritte nicht erforderlich mache. Von den Betriebsräten wurde darauf hingewiesen, daß trotzdem das Uebel nicht behoben, sondern nur durch Einstellung von weiteren Arbeitskräften beseitigt werden könne. Weil eine gemeinsame Basis nicht gefunden wurde, ließ der Betriebsrat in einer Betriebsversammlung die Belegschaft selbst entscheiden. Die Abstimmung war fast einstimmig für Ableistung der Sonntagsarbeit. Darauf wurden die Betriebsräte fristlos entlassen. Mit allen möglichen Mitteln versuchte die Verwaltung für diese Handlung eine rechtliche Grundlage zu schaffen. Der Eisenbahndirektion Halle ist dabei das Maßrohr passiert, einen Kollegen zu entlassen, der an der ganzen Angelegenheit nicht beteiligt war, sondern seit 14 Tagen krank im Bette lag. Das nennt man eine objektive Prüfung jedes einzelnen Falles.

Die Hoffnung, eine für die Entlassenen günstige Entscheidung durch den Schlichtungsausschuß der Eisenbahndirektion Halle herbeizuführen, wurde gleichfalls gescheitert. Der „unparteiliche“ Vorsitzende hatte während der Sitzung bei Verlesung der Akten seiner Verwunderung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiter die Sonntagsarbeit verweigerten, da ihnen doch durch den Mehrverdienst bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage eine namhafte Hilfe gegeben sei. Von diesem Augenblick an stand fest, wie der Bescheid der Schlichtungsstelle ausfallen würde. Um einer vorläufigen und ungenügenden Beschlußfassung auszuweichen beauftragte die Klager Vertagung. Dieser Antrag wurde fast abgelehnt und gleichzeitig entschieden, daß die Klager zu Recht entlassen seien.

Auch an diesem Fall ist erkennbar, wie das „Wohltun“ der Eisenbahndirektion Halle gegenüber ihren Bediensteten aussieht. Wenn in bürgerlichen Blättern das Verhalten der Eisenbahner so gelobt wird, als wären die Arbeiter verkehrt, so kann man nur annehmen, daß bei diesen Blättern bestimmte politische Absichten verfolgt werden. Die Eisenbahner fordern nichts als ihr Recht, und wenn sie zu dem letzten Abwehrmittel greifen müssen, so liegt das nur an dem reaktionären Vorgehen der maßgebenden Personen innerhalb der Eisenbahnverwaltung. S. Portz, Bezirksleiter des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Gehören Gärtner zu den landwirtschaftlichen Arbeitern?

Es ist von Bedeutung festzustellen, ob unter den Begriff „landwirtschaftliche Arbeiter“ auch Gärtner und Gärtnerarbeiter gehören. In Deutschland ist diese Frage seit 1869 schon heiß umstritten. Während die Gärtnerunternehmer von jeder den Standpunkt vertreten, daß auch die Gärtner zur Landwirtschaft gehören und entsprechend unter die Landarbeiterordnung vom 24. Januar 1910 fällt, betrachten sich die gärtnerischen Arbeitnehmer als gewerbliche Arbeiter, für welche in Deutschland die Gewerbenormen des Jahres 1918 maßgebend sind. Sie weisen darauf hin, daß die Gärtner ein Gewerbe sei, das infolge seiner ganzen technischen Einrichtungen nur noch ganz entfernt mit der Landwirtschaft Ähnlichkeit habe, die Witterungseinflüsse auf ein Mindestmaß reduzieren könne, daß ihre Produkte zum großen Teil in Töpfen

und Kisten stehen und gewissen Zubereitungs- und Schnittmethoden unterworfen sind.

Da von der Entscheidung der Frage, ob die vielen, in privaten und öffentlichen Gärtnereibetrieben beschäftigten Personen zu den gewerblichen oder zu den landwirtschaftlichen Arbeitern zu zählen sind, bei der Ausführung vieler Gesetze viel abhängt, beachtlich die deutsche Regierung, wie der Deutsche Verband der Gärtner mittels einer Entscheidung herbeizuführen, um weitere Zweifel an der Auslegung von Gesetzestexten zu beseitigen. Nachdem am 9. Mai d. J. in Berlin eine Konferenz der Regierungsvertreter aller deutscher Staaten mit der Reichsregierung stattgefunden hat, tagte am 19. Juli im Reichsarbeitsministerium eine Konferenz der beteiligten Organisationen mit Vertretern der Reichsregierung, aber trotz langer Verhandlung konnte eine Verständigung nicht erzielt werden. Es wird angenommen, daß die Reichsregierung jetzt eine Entscheidung selber fällen wird.

Eine Versammlung unorganisierter Techniker

hatte ein Unorganisierter für Donnerstag, den 13. Oktober, nach dem Stenogrammklub einberufen. Dem Bund der technischen Angestellten und Beamten war es jedoch schon vorher gelungen, sich entsprechenden Einfluß zu sichern und so schlug der Versuch, sich entweder auf die Schaffung einer neuen Organisation oder auf die Zuführung der Unorganisierten in einen der gegnerischen Reichsmaschinenvereine hin, völlig fehl. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten machte zwar durch seinen Vertreter, Herrn Prentel, allerhand kampflosse Versuche, aus dieser Situation für sich etwas zu retten, doch mußte er nach der gründlichen Abfuhr, die er sowohl von dem Vizepräsidenten des Bunds, dem Ingenieur Müller, wie auch von der gesamten Versammlung erfuhr, unverrichteter Sache seine Straße ziehen. Die anwesenden deutschnationalen Anhänger, die so gern die Techniker mit dem in ihren Kreisen noch immer vorhandenen Standeshügel ausstatten möchten, wagten sich in der Versammlung gar nicht heraus. Für den Bund der technischen Angestellten und Beamten bedeutet die Versammlung, die ihm 25 Beitrittserklärungen einbrachte, einen schönen Sieg, der den Leuten, die die freigewerkschaftliche Einheitsorganisation der technischen Angestellten und Beamten, den Bund, zersplittern wollen, doch zu denken geben sollte.

Lohnbewegung der Musikinstrumentenarbeiter.

Am Sonnabend, dem 15. Oktober, mittags 12 Uhr, wurde in einer überfüllten Versammlung im Volkshaus Bericht erstattet über die stattgefundenen Lohnverhandlungen. Schon während der Berichtserstattung wurden Entrüstungsrufe laut, als die Versammlung vernahm, wie offensichtlich verständnislos die Unternehmer der Not ihrer Arbeiterschaft gegenüberstehen. Die Unternehmer dieser Industrie, die gegenwärtig wieder ganz gewaltige Kapitalgewinne einheimen, glauben die höchst minimalen Forderungen der Arbeiter noch auf die Hälfte herabdrücken zu können. Selbst am zweiten Verhandlungstage war es nicht möglich, die Unternehmer von der Notwendigkeit der Forderung der Arbeiter zu überzeugen. Für die geringe Zulage, die sie boten, verlangten sie, daß sich die Arbeiterschaft bis zum Januar binden soll, ohne für etwa im Dezember weiter steigende Teuerung einen Ausgleich vorzusehen.

In der Aussprache ging es öfter recht lebhaft her, da eine große Anzahl der Versammelten die sofortige Arbeitsniederlegung und Aufstellung wesentlicher Forderungen verlangte. Es gelang der Versammlungsleitung nur mit Mühe, die Arbeiterschaft von der sofortigen Anwendung der äußersten Mittel abzuhalten, um zunächst noch einmal zu versuchen, ob nicht doch noch eine Einigung möglich sei. Die Verhandlung wurde beauftragt, am Montag einen letzten Versuch zu unternehmen. Sollte auch hierbei ein Resultat nicht erzielt werden, soll Dienstagmorgens 3 Uhr, eine weitere Versammlung stattfinden, in der über den Streik abgestimmt werden soll.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Lochkämpfe in der feinkeramischen Industrie.

Am 20. September d. J. ist der Reichsarbeitsvertrag und das Lohnabkommen für die gesamte feinkeramische Industrie Deutschlands abgelaufen. Vorher fanden in Eisenach mehrwöchige Tarifverhandlungen statt, an denen auf der einen Seite der Arbeiterverband der Deutschen feinkeramischen Industrie, auf der anderen Seite die Arbeitnehmersorganisationen, an erster Stelle der Porzellanarbeiterverband, teilnahmen. Diese Verhandlungen sind daran gescheitert, daß die Arbeiter Lohnsteigerungen bis zu 120 Prozent über die bis Ende September geltenden Löhne hinaus verlangten, während die Arbeitgeber durchschnittliche Effektivlohnsteigerungen von 20 bis 25 Prozent anboten. Die Arbeiter lehnten dieses Angebot ab. Infolgedessen ist es in ganz Deutschland in umfangreichen Streiks in der Porzellan-, Steinzeug- und Spülgüterindustrie gekommen, von denen etwa drei Viertel sämtlicher Betriebe betroffen sind. Von den Arbeitgebern angebahnte Schlichtungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium sind ergebnislos verlaufen, da der Porzellanarbeiterverband die Teilnahme an der Verhandlung bislang abgelehnt hat.

Nach einer von Arbeitgeberseite stammenden Meldung hat der Arbeitgebersverband beschlossen, daß seine Mitglieder sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 20. Oktober d. J. kündigen. Gleichzeitig hat der Arbeitgebersverband dem Reichsarbeitsminister mitgeteilt, daß er nach wie vor bereit ist, sich dem Reichsarbeitsministerium als Schlichtungsinstanz zur Verfügung zu stellen.

Porzellanarbeiterstreik in Niederschlesien.

Seit Donnerstag voriger Woche befinden sich 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen in den fünf großen Porzellanfabriken des Waldenburger Industriezentrums im Streik. Nach dem Scheitern der zentralen Verhandlungen in Eisenach wurden die Porzellanarbeiter vor der Organisationsleitung aufgefordert, die Frage der Teuerungszulagen betrieblich zu regeln. Da sich die Waldenburger Unternehmer strikte weigerten, in Verhandlungen mit der

Reichlichen Organisationsleitung einzutreten, unter dem Vorwande, daß sie sich an die Beschlüsse ihrer Organisation halten müßten, traten die Porzellanarbeiter sämtlicher Establishments in den Streik. Neben dem Porzellanarbeiterverband ist auch der Holz- und Metallarbeiterverband an dem Streik beteiligt.

Achtung, Fleischergesellen!

In der Rügenwalder Bucht- und Fleischkonservenfabrik von Georg Schmidtthal stehen die Kollegen im Streik; Zusatz nach Rügenwalde ist unter allen Umständen fernzuhalten.

Die Firma leitet ihre Waren auch in den Leipziger Verkaufstempel- und Kolonialwarenhandlungen ab. Die Waren sind durch eine sogenannte Leihkarte gekennzeichnet. Wir bitten um Solidarität.

Weiter machen wir unsere Kollegen darauf aufmerksam, daß die Leipziger Fleischergesellen den paritätischen Facharbeitern nachzugehen, indem sie die Vermittlung direkt auf dem Schlichthof vornehmen. Wir ersuchen unsere Kollegen, sich nur im Facharbeitsnachweis, Mühlengasse, zu melden und im Übrigen darauf zu achten, ob Fleischergesellen den Arbeitsnachweis umgehen, damit diese zur Rechenschaft gezogen werden können. Die Fleischergesellen wollen auf diese Weise die organisierten Kollegen schikanieren und die Organisation aushebeln. Kollegen, meldet jede Umgehung des Arbeitsnachweises im Verbandsbureau.

Zentral-Verband der Fleisch u. B. Deutschlands, Bezirk Leipzig, Geschäftsstelle Leipzig, Gerberstr. 1, Tel. 15 180.

Streik im Amsterdamer Hafen.

Nachdem im Amsterdamer Hafen wegen Herabsetzung der Löhne ein Streik der Hafenarbeiter ausgebrochen ist, erwartet man für die nächsten Tage eine Ausbreitung des Streiks auch auf die andern holländischen Häfen. Die deutschen Schiffe haben Weisung, in Rotterdam ihre Ladungen zu löschen. Wenn der Streik weitere Ausbreitung annehmen würde, dann würde für den transatlantischen Verkehr der Hafen von Antwerpen in Frage kommen.

Die Berliner Magistratsangestellten befinden sich in einer Gehaltsbewegung. Bisher konnte noch keine Einigung erzielt werden, dem Magistrat ist deshalb eine befristete Forderung gestellt worden.

Zum Kampf in der chemischen Industrie. Die Leitung der Gewerkschaften und der Arbeiterrat der Höchstfarbwerke ziehen zu einer neuen Abstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit zu den von der Direktion gestellten Bedingungen auf. Die Abstimmung soll morgen stattfinden.

Versammlungskalender.

Montag, den 17. Oktober:

Schmeide, Volkshaus 7 Uhr.
Feuerbestattungsgesellschaft protestantischer Freidenker, Volkshaus 7 Uhr.
Freireligiöse Gemeinde, Drei Röhren 7 Uhr.
Volksozialbund, Pantheon 7 Uhr.

Dienstag, den 18. Oktober:

Solarbeiter, Mühlentempel, Volkshaus 7 1/2 Uhr.
Gemeinde- und Staatsarbeiter, Volkshaus 7 Uhr.
Metallarbeiter Schmeide, Deutsches Haus 7 Uhr.
Metallarbeiter, Betriebsräte und Obleute, Volkshaus 7 Uhr.
Steinleher, Volkshaus 7 Uhr.
Zementwaren- und Kunstseidenarbeiter, Bock 7 1/2 Uhr.
Wiederereine Maxfrankfurt, Gute Quelle 7 1/2 Uhr.
Freie Sänger Stünn, Landhaus 7 1/2 Uhr.
Tageordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Quittung Nr. 4.

Sammlung des Gewerkschaftsvereins Leipzig für Aufrichtliche.
Müller Liste 644: 49.50, 645: 177.—, 646: 190.—, 647: 65.—, 648: 10.—, 649: 53.—, 650: 57.—, 651: 60.—, 652: 35.—, 653: 18.—, 654: 30.—, 657: 48.—, 658: 58.—, 659: 68.—, 660: 22.—, 661: 32.—, 664: 27.—, 665: 9.—, 667: 39.—, 668: 10.—, Befehlshaber der Zahnradfabrik Köllmann 1000.—, Hotel- u. Angestellte Liste 2070: 85.—, 2072: 81.50, 2074: 57.—, Lokomotivpersonal Holzhaus Engelsdorf 200.—, Gemeinde- und Staatsarbeiter Liste 701: 155.—, 702: 134.—, 704: 159.—, 720: 34.—, 730: 77.—, 731: 92.50, 737: 47.—, 748: 165.—, 749: 149.—, 1499: 284.—, 1428: 234.50, 1427: 232.—, 1428: 125.—, 1439: 69.—, 1449: 284.—, 1451: 47.—, 1462: 378.—, 1468: 160.—, 1464: 281.—, 1469: 61.—, Tabakarbeiter Liste 608: 43.50, 604: 61.—, 607: 28.—, 608: 61.—, 610: 6.50, 611: 17.—, 612: 39.50, 613: 42.—, 615: 58.—, 616: 20.—, Töpfer Liste 698: 44.—, 698: 250.—, 699: 167.—, Buchdrucker Listen 781—785, 787—790, 791—795, 797, 799—805, 807 bis 816, 818—830, 832—836, 838—847, 849—856, 858—861, 863, 865 bis 868, 870—872, 874, 876, 878—900, 904—914, 916—918, 920 bis 925, 927, 928, 930, 933—936, 941—949, 951—979, 981—983, 985 bis 988, 1000: 12 870.25, Holzarbeiter Liste 2500: 110.—, 2513: 208.—, 2515: 97.50, 2518: 108.—, 2517: 180.—, 2522: 155.—, 2536: 28.—, 2538: 86.—, 2540: 22.—, 2541: 128.—, 2542: 15.50, 2543: 17.—, 2544: 64.50, 2547: 22.—, 2550: 245.50, 2552: 529.—, 2563: 201.—, 2568: 215.—, 2567: 608.—, 2569: 420.—, 2507: 167.—, 2773: 133.—, Steinarbeiter (Leipzig) Liste 689: 150.—, 690: 55.—, 691: 255.—, 692: 25.—, 693: 35.—, 694: 58.—, Genosse Heering 20.—, Buchbinder Liste 1501: 215.50, 1512—1513: 401.—, 1520: 123.—, 1528: 28.—, 1533: 28.—, 1544: 101.50, 1548: 69.50, 1559: 48.50, 1563: 8.—, 1564: 69.—, 1565: 162.—, 1567: 30.—, 1568: 57.—, 1570: 89.—, 1572: 18.—, 1578: 35.—, 1579: 71.50, 1581: 4.—, 1583: 47.—, 1584: 128.—, 1586: 38.—, 1588: 121.—, 1587: 77.—, 1589: 69.—, 1598: 79.—, 1604: 20.60, Fußballklub West 08 100.—, Sattler und Tapezierer Liste 431: 90.50, 432: 8.—, 433: 151.—, 434: 58.—, 435: 126.50, 436: 69.—, 437: 80.—, 438: 82.—, 439: 80.—, 440: 280.—, 441: 44.—, 442: 70.—, 443: 145.—, 444: 75.—, 445: 60.—, 446: 13.—, 448: 80.—, 449: 58.—, 450: 45.—, 451: 66.—, 452: 52.—, 453: 88.—, 454: 22.—, 456: 40.—, 457: 52.—, 458: 35.50, 459: 565.—, 460: 35.—, 461, 462, 447: 651.—, 463: 41.—, Wrt. Bisher eingegangen 81 350.00 Wrt. W. Beller.

Achtung! Bekanntmachung. Betr. Straßen- u. Hauschuhe

Die allgemeine Preissteigerung erfährt auch die Schuh- und Lederbranche. Deshalb kaufen Sie bitte sofort noch Haus-, Filz- und Strahenschuhe ein. Solange der Vorrat reicht, verkaufe ich noch zum alten Preise, auch Herrensohlen und Absätze, Damensohlen und Absätze, Kindersohlen und Absätze nebst Reparaturen werden noch bis 1. November zum alten Preise geliefert. Nur durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, Ihnen dieses Angebot zu machen und offeriere ich folgendes: Kinderstiefel, Größe 31—35 70.00 95.00 Herrenstiefel, Größe 36—39 100.00 125.00 Herrenstiefel, Größe 40—43 155.00 Herrenstiefel, Rahmenarbeit, in Vorkauf 215.00 Damenhalbschuhe mit Lackspitze 125.00 Damen-Spangenschuhe, sehr kräftig 90.00 Damen-Haalschuhe, Chevreau 65.00 Damen-Hochschuhstiefel, Rahmenarbeit 250.00 Mädchen-Schuhstiefel 175.00 Kordpantoffel für Herren, Damen u. Kinder, von 25.00 an nur Berliner Str. 11, Laden, Friedrich Weber

Weizenmehl (rein) 3.30 Mk. Elisabethstraße 1 Stötteritzer Straße 15.

Billige Seefische

nur feinste blutfrische Ware. Seefische ohne Kopf: Pfund von 2.20 Mk. an Seefische mit Kopf: Pfund von 1.80 Mk. an Grüne Herings, Salaberinas, Büttlinge, Marinaden usw. in besten Qualitäten zu billigen Preisen. Johann Rutisha, L.-Lindenau Fisch-Großhandlung, Gundorfer Straße 17

Ort: 2. Abweg in Ostingen (Kreis: Wittich) Pippen Wimper Juxtop-Inifu. Jede ist durch Schaumstofflage von Obermeyer's Weiblinab befestigt. Zur Nachbehandlung in Dampfbad oder in warmen Wasser zu empfehlen. Sie haben in allen Apotheken, Drogerien und Warenhäusern. Abonnenten berücksichtigen bei Euren Einkäufen die Inserenten der Leipziger Volkszeitung.

Dienstag früh: Lebendr. Goldbarsch ohne Kopf Pfund nur 2.20 ganz vorzüglichster Koehlsch. Alle andern Sorten Seefische billigst. Neue diesjährige Salzheringe. D. D. Nordsee Reichsstraße 25 Engros-Versandhaus Magdeburg-Thür. Stückg.-Bhf. Inzerate sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition d. Leipziger Volkszeitung zu richten.

Die beliebtesten Weigler-Liköre dürften in keinem Lokale fehlen! A. Weigler, Leipzig Tauchaer Straße 22 Telefon 4960. Tapeten, Rolle 1.00 an Borte, Meter 5 Bts. an 100 Brlom. 5 25. Geschäftssumme 100 3. Wachsreste billig. Tapeten-Körner Eisenstraße 54, Ecke Körnerstr. Kein Laden! Kognak-Jamaica-Rum. Bekanntst. Liter 37.— Liter 45.—. L. O. Kaspar Nachfolger Leipzig, Schönewaldstraße 30 Kataloge zu Diensten.